



Wirtschaftliche Entwicklung durch Rückschritt - zu den Perspektiven der russischen Volkswirtschaft

Simon Gerards Iglesias / Michael Hüther

Köln, 11.10.2022

IW-Report Nr. 51/2022



Herausgeber

Institut der deutschen Wirtschaft Köln e. V.

Postfach 10 19 42
50459 Köln

Das Institut der deutschen Wirtschaft (IW) ist ein privates Wirtschaftsforschungsinstitut, das sich für eine freiheitliche Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung einsetzt. Unsere Aufgabe ist es, das Verständnis wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Zusammenhänge zu verbessern.

Das IW in den sozialen Medien

Twitter

[@iw_koeln](https://twitter.com/iw_koeln)

LinkedIn

[@Institut der deutschen Wirtschaft](https://www.linkedin.com/company/institut-der-deutschen-wirtschaft)

Facebook

[@IWKoeln](https://www.facebook.com/IWKoeln)

Instagram

[@IW_Koeln](https://www.instagram.com/IW_Koeln)

Autoren

Prof. Dr. Michael Hüther

Direktor

huether@iwkoeln.de

0221 – 4981-600

Dr. Simon Gerards Iglesias

Persönlicher Referent des Direktors

simon.gerards@iwkoeln.de

0221 – 4981-603

**Alle Studien finden Sie unter
www.iwkoeln.de**

In dieser Publikation wird aus Gründen der besseren Lesbarkeit regelmäßig das grammatische Geschlecht (Genus) verwendet. Damit sind hier ausdrücklich alle Geschlechteridentitäten gemeint.

Stand:

September 2022

Inhaltsverzeichnis

Zusammenfassung	4
1 Einleitung	5
2 Historische Entwicklungspfade und wirtschaftliche Strukturen.....	6
3 Hat Russland die „holländische Krankheit“? Der Zusammenhang zwischen Rohstoffexporten und industrieller Entwicklung.....	19
4 Theorie der Sanktionen und Wirkung des Sanktionsregimes gegen Russland	29
5 Russlands Entwicklungsperspektive: verfestigt sich der Staatskapitalismus?.....	41
Abstract.....	50
Abbildungsverzeichnis.....	51
Datenbanken	51
Literaturverzeichnis	52

JEL-Klassifikation

JEL: F: Außenwirtschaft

JEL: N: Wirtschaftsgeschichte

JEL: O: Wirtschaftliche Entwicklung, Innovation, Technischer Wandel, Wirtschaftswachstum

JEL: P: Wirtschaftssysteme

Stichwörter: Russland, Sanktionen, Sowjetunion, Wirtschaftsgeschichte, Holländische Krankheit, Wirtschaftliche Entwicklung

Zusammenfassung

Der Krieg in der Ukraine wird für Russland tiefgehende geopolitische und ökonomische Konsequenzen haben. In einem beispiellosen Ausmaß hat der Westen Sanktionen gegen Russland verhängt, die die jahrzehntelangen ökonomischen Verflechtungen weitestgehend auflösen. Zugleich erlebt Russland als Folge der zunehmenden Repression gegenüber seiner Zivilgesellschaft einen massiven Braindrain, insbesondere junger, gut ausgebildeter Personen sowie zahlreicher Wissenschaftler. Welche mittel- bis langfristige wirtschaftliche Perspektive hat Russland vor dem Hintergrund dieser Entwicklungen? Die historische Struktur der russischen Ökonomie zeigt, dass eine diversifizierte endogene Entwicklung aufgrund institutioneller Barrieren, die bis heute nachwirken, nicht möglich erscheinen. Zudem könnte die ‚holländische Krankheit‘ – Deindustrialisierung in Folge massiver Handelsbilanzüberschüsse, hervorgerufen durch den Rohstoffexportboom – gemeinsam mit dem exogenen Importschock, den Russland wegen der Sanktionen erleidet, den Wohlstandsverlust weiter verstärken. Zudem wird Russland aufgrund des Bruchs mit dem Westen eine Entwicklungsstrategie ohne den Zugang zu einem Markt für moderne Technologien, Importgüter und Kapitalinvestitionen entwickeln müssen und eine stärkere Bindung zu anderen Märkten wie China und Indien anstreben.

„Sweeping Western sanctions had far mainly impacted the country’s financial market, but now they will begin to increasingly affect the economy. The main problems will be associated with restrictions on imports and logistics of foreign trade, and in the future with restrictions on exports. Firms need to adapt by searching for new business models, partners, logistics or switch to the production of products of previous generations” – Elwira Nabiullina, Ansprache an die Duma, 18.04.2022

1 Einleitung

Der russische Angriffskrieg auf die Ukraine hat die Weltlage politisch und ökonomisch verändert. Der Begriff der Zeitenwende steht dafür. Für die künftige politische Kooperation mit Russland unter diesem Regime gibt es derzeit keine konstruktive Perspektive. Das gilt ebenso für die ökonomische Entwicklung. Die russische Führung selbst hat die politischen und wirtschaftlichen Optionen faktisch auf China, Indien, die Türkei und einige Randstaaten wie den Iran verlagert. Die Sanktionen des Westens werden nach überwiegender Einschätzung mit längerer Dauer eine nachhaltig belastende Wirkung auf die russische Volkswirtschaft haben. Das vorangestellte Zitat der Präsidentin der russischen Zentralbank aus dem April 2022 lässt schwerwiegende Probleme erwarten. Und im Juli 2022 sprach Putin mit Blick auf die Wirtschaftssanktionen erstmals von einer „großen Herausforderung“ und einer „kolossalen Menge an Schwierigkeiten“, vor allem durch den unterbundenen Zugang zur Hochtechnologie (Spiegel Online, 2022).

In diesem Beitrag wollen wir genauer der Frage nachgehen, welche wirtschaftlichen Entwicklungsperspektiven für Russland plausibel skizziert werden können. Dabei wird davon ausgegangen, dass es in Russland kurzfristig nicht zu einem politischen Regimewechsel kommt. Daraus folgt, dass es keine realistischen Aussichten auf eine erneuerte Zusammenarbeit – egal in welcher Hinsicht – mit dem Westen geben wird. Sanktionen und fortschreitende Isolierung werden prägend bleiben. Die wirtschaftlichen Möglichkeiten Russlands sind dabei nicht unabhängig von den historisch geprägten Pfadabhängigkeiten und insbesondere den Folgen der wirtschaftlichen Öffnung nach 1990 sowie deren politische Gestaltung (Abschnitt 2 zur wirtschaftshistorischen Einordnung). Die russische Volkswirtschaft weist schon länger strukturelle Schwächen auf, deren Beseitigung seit Ende der Sowjetunion aber versäumt wurde (Kolev, 2016). Es herrscht der Eindruck vor, dass diese Prozesse gemessen an den Transformationen anderer Volkswirtschaften gescheitert sind.

Grundsätzlich stellt sich die Frage, welche theoretischen Erkenntnisse und Einordnungen zum Verständnis für die künftigen Entwicklungspotenziale Russlands beitragen (Abschnitt 3 zur wirtschaftstheoretischen Analyse). Das Land hat eine Transformation aus einer korrupten Staatswirtschaft durch die Mobilisierung eines unabhängigen privaten Sektors nicht geschafft. Die ökonomische Öffnung nach 1990 war abrupt und nahezu brachial, allerdings ohne Rücksicht auf die notwendigen institutionellen Voraussetzungen

(Eigentumsordnung, Preisbildung, Bestreitbarkeit von Märkten etc.). Der Korruptionsindex von Transparency International weist Russland im Jahr 2021 auf Platz 136 von 199 Ländern aus, der Corruption Perceptions Index liegt 2022 bei 29 und damit fast exakt auf dem Wert im Jahr 2012. Fortschritt war auch hier nicht zu ermitteln, obgleich bereits im Jahr 2002 die ökonomische Diskussion über die Wohlfahrtseffekte von Korruption klare Forschungsergebnisse offerierte (Roaf, 2000). Allen späteren marktwirtschaftlichen Reformen fehlte die Konsequenz, dem Land mangelt es vor allem an einer verlässlichen Eigentumsordnung, einer dezentralen Innovationskultur und damit eines international wettbewerbsfähigen Sektors. Es schließen sich Analysen zur Frage an, welche Bedeutung den Sanktionen des Westens und den darauf erfolgten Reaktionen Russlands für die längerfristige wirtschaftliche Entwicklung beikommt (Abschnitt 4 zur wirtschaftspolitischen Bewertung). Abschließend wird versucht, vor diesem Hintergrund eine langfristige Entwicklungsperspektive abzuleiten (Abschnitt 5).

In dieser Studie wurden Quellen von verschiedenen Institutionen zusammengetragen. Neben Statistiken von internationalen Organisationen wurden auch Daten der russischen Statistikbehörde Rosstat und der russischen Zentralbank ausgewertet. Grundsätzlich ist bei der Interpretation der offiziellen russischen Daten Vorsicht angeraten, denn ihre Vollständigkeit und Verlässlichkeit ist nicht mit der vom westlichen Blick gewohnten Qualität vergleichbar. Insbesondere nach Beginn des Angriffskrieges gegen die Ukraine hielten russische Behörden die Publikation wichtiger makroökonomischer Indikatoren zurück oder veröffentlichten nur selektive, womöglich geschönte Daten (Sonnenfeld et al., 2022b). Um diesen qualitativen Problemen Rechnung zu tragen, wird versucht, die russischen Daten mit internationalen Daten, sofern verfügbar, zu vergleichen und kritisch einzuordnen. Bei älteren Daten ist dieses Problem aber weniger ausgeprägt, denn Rosstat konnte lange Jahre unabhängig ohne politischen Einfluss des Kremls agieren. Mit der Einsetzung eines neuen Statistikbehörden-Chefs im Jahre 2019 wurde Rosstat zunehmend politisiert und Daten weniger zuverlässig (Katzenberger, 2019).

2 Historische Entwicklungspfade und wirtschaftliche Strukturen

Als Wladimir Putin im Jahre 1999 sein *Millennium Manifest* – eine Abhandlung über die Lage der russischen Wirtschaft und Nation zur Jahrtausendwende – verfasste, hatte das Land fast ein Jahrzehnt großer politischer und wirtschaftlicher Umbrüche hinter sich. Die makroökonomische Situation war angesichts von Kapitalflucht und De-Investitionen im Zuge der Russland-Krise angespannt und der damalige russische Ministerpräsident attestierte seinem Land multiple Schwächen: Ein nicht funktionierendes Rechtssystem, geringe Investitionen, technologische Rückstände sowie ein niedriger Lebensstandard schwächten Russlands weltpolitische Position und gefährdeten die Zukunft. Diese zeitgenössische Beobachtung steht exemplarisch für die

russische Sicht auf die 1990er Jahre des Umbruchs, die in Russland gemeinhin als das „Jahrzehnt der Schmach“ gelten, einem historischen Bruch der russischen Geschichte, der nicht in das staatlich geprägte Narrativ des Widerstandes (gegen Napoleon, Leningrader Belagerung) und des Sieges gegen Deutschland (Großer Vaterländischer Krieg) passte (Stewart, 2020). Verstärkt wurde dieses Gefühl durch die vom Westen seit den 1980er Jahren dem Land gespiegelte historische Rückständigkeit, die einen Anschluss an die internationalen Standards aufgrund zahlreicher Rückschläge sowie autokratischen Regierungen und Revolutionen verhindert hätte (Hildermeier, 2013). Diese Rückständigkeit ist nicht überwunden, sie hat historisch-institutionelle Gründe, die lange zurückliegen und die wirtschaftlichen Strukturen bis in die Gegenwart nachhaltig prägen. Im Folgenden werden zunächst diese historisch-institutionellen Faktoren beschrieben und danach deren Wirkung auf die Ereignisse nach 1991 übertragen, bevor in einem dritten Schritt die speziell ökonomischen Pfadabhängigkeiten aus dieser institutionellen Gemengelage abgeleitet werden.

Die longue durée institutioneller Arrangements

Die unvollständige und asynchrone, übereilte und zugleich zögerliche Einführung von Demokratie und Marktwirtschaft in Russland nach 1990 ist zweifellos ein wichtiger Grund für die multiplen Probleme der russischen Ökonomie heute, allerdings liegen die Ursachen noch länger zurück. Die Entwicklungen in Russland seit 1991 bis in die Gegenwart lassen sich nur im Lichte langer historischer Pfade tiefgehender verstehen. Daron Acemoglu und James A. Robinson haben in ihrer entwicklungsökonomischen Studie über Wohlstand und Ungleichheit zeigen können, dass inklusive politische und wirtschaftliche Institutionen zu Wirtschaftswachstum und der Mehrung von Wohlstand führen, wohingegen extraktive und unzuverlässige Institutionen dieses Wachstum hemmen. Dabei ist vor allem das Zusammenspiel von politischer Partizipation, wirtschaftlicher Freiheit, Haftung und Zugang zu Ressourcen entscheidend (Robinson/Acemoglu, 2012). Insbesondere der staatliche Umgang mit Eigentum und persönlicher Freiheit, zentrale Elemente in der politischen Ökonomie einer Marktwirtschaft, zeigt historisch-institutionelle Besonderheiten in Russland, die schon vor der Sowjetunion wirksam waren (Herrmann-Pillath, 2019). Die Sicherung von Eigentumsrechten und der Zugang zu politischen und wirtschaftlichen Ressourcen bilden aber die Grundlage für inklusive Institutionen, die zu nachhaltigem Wirtschaftswachstum und Wohlstand führen.

Im Vergleich zu anderen europäischen Ländern wurde Russland sehr spät industrialisiert und hinkte bei Reformen inklusiver Wirtschafts- und Politikinstitutionen stets den fortschrittlichen europäischen Ländern sowie den industriellen Zentren der Welt hinterher. Eine der extraktivsten wirtschaftlichen Institutionen und eine extreme Verletzung von Eigentumsrechten, die Leibeigenschaft, wurde in Russland erst im Jahre 1861 abgeschafft, nachdem diese in Mitteleuropa bereits spätestens am Anfang des 19. Jahrhunderts aufgehoben worden war. Die politische Macht der Großgrundbesitzer im 19. Jahrhundert verhinderte Bodenreformen,

wodurch ungleiche Besitzverhältnisse zementiert und eine nachhaltige Diversifizierung der Landnutzung verhindert wurden. Erst 1906 wurden durch die Stolypin-Reformen einige Liberalisierungen erreicht, die beispielsweise Bauern mehr Bewegungs- und Niederlassungsfreiheiten gewährten sowie die Privatisierung von Land zuließen, aber der Erste Weltkrieg und die Oktoberrevolution beendeten die Wirkung dieser Reformen wieder rasch (Guriev et al., 2022).

Die Institution der Leibeigenschaft wirkt sich im Sinne der *longue durée*, also der langfristigen und trägen Entwicklung, bis in die Gegenwart auf sozioökonomische Strukturen und deren regionale Divergenz aus. So lässt sich zeigen, dass Gebiete, in denen früher Leibeigenschaft bestand, bis heute wirtschaftlich schwächer sind und der Konsum pro Kopf geringer ist als in anderen Regionen, die keine oder weniger präsenzte Leibeigenschaft hatten (Buggle/Nafziger, 2021). Die regionalen Unterschiede in der Wirtschaftsleistung waren im russischen Zarenreich bereits erheblich und stärker ausgeprägt als in territorial vergleichbar großen Ländern (Guriev et al., 2022). Dies wirkt sich bis heute auf die Ungleichheit im Land aus. Im Vergleich zu den größten europäischen Industrienationen besteht in Russland eine sehr hohe Vermögensungleichheit, da das obere ein Prozent der Haushalte knapp 48 Prozent aller Vermögen besitzt, wohingegen der Anteil dieser Gruppe in europäischen Ländern (Deutschland 29 Prozent, Frankreich 26 Prozent, UK 21 Prozent), aber auch in China (30 Prozent) sowie den USA (35 Prozent) deutlich niedriger liegt (World Inequality Database, 2022).

Trotz dieser offenkundigen Rückständigkeit schien die Wirtschaftsgeschichte der Sowjetunion für nicht wenige Zeitgenossen des 20. Jahrhunderts zunächst eine positive Entwicklung zu nehmen. Das Aufholen in der Industrie während der Nachkriegszeit bis in die 1970er Jahre und der „Sputnik-Schock“ 1957 ließen die UdSSR auf den ersten Blick als einen ernstzunehmenden Systemkonkurrenten zum Westen erscheinen. Gerade die Wandlungs- und Lernfähigkeit des russischen Sozialismus, gepaart mit hohem Potenzial an naturwissenschaftlichen-ingenieurwissenschaftlichen Humankapital wurde als mögliche Quelle einer wirtschaftlichen Entwicklung angeführt (Nove/Nove 1969). Allerdings war dieses Wachstum in Russland geprägt von massiven Aufholeffekten der Ökonomie und staatlich erzwungenen Umschichtungen von Ressourcen, maßgeblich um einen militärisch-industriellen Komplex aufzubauen, den die UdSSR vorrangig zu einer militärischen Supermacht werden ließ (Zaslavsky, 1997; Popov, 2014). Die gewaltsam durchgeführte Industrialisierung der Sowjetunion in den 1930ern und 1940er Jahren wurde nur durch die staatlich dirigierte Umschichtung der Produktionsfaktoren von der Landwirtschaft zur Industrie ermöglicht und war mit hohen Verlusten an Humankapital verbunden, etwa durch die absichtlich herbeigeführte Hungersnot – dem *Holodomor* – in der Ukraine. Nach dem Zweiten Weltkrieg wuchs die sowjetische Wirtschaft zwar mit hohen Raten, jedoch waren dies vor allem die Aufholeffekte, die das Land nach jahrzehntelangem Stillstand und dem zerstörerischen Weltkrieg erlebte; bis Mitte der 1950er Jahre beruhte die Infrastruktur nicht unwesentlich auf dem GULAG-System, das

Millionen Menschen in der Verbannung zur Zwangsarbeit zwang. Schon in der 1970er Jahren stagnierte die sowjetische Wirtschaft, sodass sich die sozioökonomischen Unterschiede zwischen der UdSSR und den westlichen Ökonomien immer weiter verstärkten. Dies wird – abgesehen von den wirtschaftsstrukturellen Unterschieden – insbesondere an der ungleich höheren Kindersterblichkeit und der geringeren Lebenserwartung sichtbar, die auch aus dem chronisch gewordenen Alkoholismus resultierte. All dies wuchs sich zu einem nachwirkenden demografischen Problem aus (Guriev et al., 2022).

Die staatlich verordnete Industrialisierung hatte Auswirkungen auf die regionale Verteilung der Industrie. Durch die zentralisierte Planwirtschaft entstanden Monostädte mit einseitiger Industriestruktur, wobei Überlegungen zu militärisch-strategischen Zielen das ausschlagende Argument in der Errichtung der Schwerpunkte waren. Allerdings führte diese zentralwirtschaftliche Planung dazu, dass Humankapital politisch gewünscht durch Subventionierung in bestimmte Regionen geleitet wurde und vormals unterentwickelte Städte einen „Brain-Gain“ erfuhren, dessen positive Effekte dort bis heute in höherer Produktivität zu beobachten sind ([Schweiger et al., 2022](#)). Regionen mit einem großen Anteil an hochausgebildetem Personal im Bereich der Natur- und Ingenieurwissenschaften wiesen nach 1991 einen deutlich besseren Output in wissensintensiven Wirtschaftsbranchen wie Ingenieurwesen und IT auf. Geografische Größen- und Verbundvorteile, die aus der Akkumulation von Humankapital resultieren, führen demnach zu institutionellen Lock-in-Effekten, selbst wenn die ursprünglichen Standorte aufgrund von nicht marktwirtschaftlichen Überlegungen gewählt wurden.

Anders gewendet: „Urban areas, because of the higher frequency of human interaction, were clearinghouses for ideas and information, and so invention was facilitated further by the continuous interface of different types of knowledge. ... Some cities were thus the loci of technological progress during the industrial revolution, exhibiting many of the very externalities and economies of agglomeration that modern growth theory associates with them“ (Mokyr, 1995, 3-37).

Alles in allem: Nicht nur die Sowjetunion veränderte die Allokation von Produktionsfaktoren massiv durch staatliche Lenkung. Extraktive wirtschaftliche und politische Institutionen, deren Ursprünge viel weiter zurückgehen, trugen ebenfalls zur Herausbildung von Strukturen bei, deren Auswirkungen bis heute erkennbar sind. Ein Beispiel dafür ist die Verbreitung von Antisemitismus, der sich nicht nur in Pogromen im späten Zarenreich und der Verfolgung im Stalinismus entlud. Die Abgrenzung der Mehrheitsbevölkerung zu Juden und deren Gewerbe wie Handel, Banken und dem Handwerk (wo Juden überproportional vertreten waren) führte auf lokaler Ebene zu einer persistenten Abneigung von Marktwirtschaft und verstärkte das kollektive Misstrauen. Dies traf insbesondere in Gebieten zu, in denen eine jüdische Gemeinde mit einer nichtjüdischen

Gemeinschaft koexistierte. Bis heute haben diese russischen Gebiete eine stärkere antimarktwirtschaftliche Einstellung als andere und es wird ein geringeres Vertrauen in die Institution des Marktes festgestellt, was sich negativ auf Unternehmensgründungen und Entrepreneurship auswirkt (Guriev et al., 2022).

Die politisch-ökonomische Entwicklung ab 1991 und die Akteure der Transformation

In Russland bildete sich nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion ein politisch-wirtschaftlicher Machtkomplex heraus, der von einer Akteursgruppe kontrolliert wurde: den Oligarchen. Diese Gruppe in der Regel hochrangiger Funktionäre des Sowjetsystems konnte durch geschickte Deals mithilfe ihrer engen Drähte zur politischen Führung Anteile an ehemaligen und nach 1991 nicht mehr auf dem Weltmarkt wettbewerbsfähigen Staatsunternehmen erwerben, vor allem im Bereich der Grundstoffproduktion und Schwerindustrie. Diese Herrschaft der wenigen (=ὀλιγαρχία) führte auch dazu, dass sich Demokratie und Marktwirtschaft nur unvollständig in Russland etablieren ließen.

So gilt für die Situation in Russland nach 1990: Einerseits wurde versucht durch die Einführung von Demokratie und Marktwirtschaft inklusive Institutionen zu schaffen, andererseits blieben aufgrund von historischen Strukturen aber extraktive Institutionen wirksam. Dabei stechen zwei institutionelle Faktoren heraus, die das Scheitern der Transformation in Russland erklären: die speziell in den 1990er Jahren herausgebildete Eigentumsstruktur in der Wirtschaft sowie dysfunktionale Demokratie und Marktwirtschaft ohne Wettbewerb und faire Teilhabe. Die speziellen Hierarchien und Kommandostrukturen in der UdSSR bildeten dafür die entscheidende Grundlage. Denn die patrimoniale Organisationsstruktur der sowjetischen planwirtschaftlichen Unternehmen wies einzelnen Personen zentral eine hierarchisch definierte Position im politisch-ökonomischen Komplex zu und ermöglichte es ihnen, einen informellen Einfluss auf die Koordination von ökonomischen Ressourcen auszuüben. Dadurch wurden sie nach 1991 zu Agenten des wirtschaftlichen Umbruchs und konnten durch asymmetrische Informationsvorteile ihren politischen Einfluss zum Erwerb wertvollen Anlagevermögens nutzen (Hermann-Pillath, 2019). Dies führte in den 1990er Jahren zu engen Märkten mit hoher Kapitalkonzentration, zumal die Oligarchen große Business Groups schufen, die vertikal integriert und geografisch weiträumig verteilt waren. Der Staat setzte einen für die Marktkonzentration günstigen regulatorischen Rahmen, indem er Eintrittsbarrieren, insbesondere für ausländische Investoren aufrecht hielt (Broadman, 2000). Der Staat versagte dabei, faire Wettbewerbsbedingungen zu schaffen und die Sicherung von Eigentumsrechten zu garantieren, insbesondere dann, wenn die Marktstellung von Unternehmen einflussreicher Oligarchen bedroht waren (Rutland, 2013). Bereits auf einer IMF-Tagung zum Entwicklungsstand der russischen Ökonomie im April 2000 in Moskau stellte der russische Ökonom V. Radayev fest, dass der geringe Grad an (gemeint korruptionsfreier) Staatlichkeit eines der größten Hürden für Investitionen und unternehmerische Initiative in Russland seien. Denn der russische Staat sei in den 1990er Jahren unfähig gewesen, ein

transparentes und faires Steuersystem aufzubauen und Institutionen zu etablieren, um die Eigentumsordnung und das Vertragsrecht durchzusetzen (Radayev, 2000).

Die Regierung stützte mit ihrer Politik das System des oligarchischen Staatskapitalismus. Gleichzeitig führten das unsichere politische Umfeld und die hohe Volatilität der russischen Ökonomie in den 1990er Jahren zu massiven Kapitalabflüssen aus den Vermögensbeständen eben dieser Oligarchen, die neue Vermögenswerte in sicheren Häfen im Ausland aufbauten, um diese vor makroökonomischen und politischen Risiken in Russland zu schützen (Braguinsky/Myerson, 2007). Die Oligarchen konnten ihre mächtige Position im politisch-ökonomischen Komplex Mitte der 1990er Jahre nutzen, um Vermögen aufzubauen, verloren aber parallel mit dem Aufstieg Wladimir Putins als Regierungschef an Einfluss. Unter der Jelzin-Regierung konnten Oligarchen noch frei als privatwirtschaftliche Akteure agieren, während sie unter Putin faktisch vom Kreml gesteuert wurden. Die Transformation zum Staatskapitalismus nahm unter Putin Form an. Stattdessen gelang es zwei anderen Gruppen, hochrangigen Beamten und Geheimdienstlern (*Siloviki*) aus Putins vertrautem Kreis, eine bedeutende Rolle im polit-ökonomischen Komplex des Landes einzunehmen. Die Mitglieder dieser Gruppen, insbesondere den Geheimdienstlern, gelang es, die Kontrolle über die lukrativen staatlichen Öl- und Gasfirmen zu übernehmen, die – anders als Industrie- und andere Montanunternehmen – nicht privatisiert worden waren. Die *Siloviki* gewannen durch ihre Position an den Spitzen dieser Unternehmen in der Phase der hohen ökonomischen Wachstumsraten zwischen 1999 und 2008 an politischen Einfluss, als die Einnahmen aus Öl- und Gasexporten zunahmen, Handelsbeschränkungen abgebaut wurden und das Steuersystem reformiert wurde (Yakolev, 2021). In den Jahren danach blieben die Weltmarktpreise für Öl und Gas hoch, was dieser Gruppe weitere hohe Einnahmen garantierte, zudem waren und sind sie beteiligt an Staatsaufträgen und Großprojekten (Olympische Spiele, Fußball-Weltmeisterschaft etc.).

Trotz des Machtverlusts der früheren Oligarchen ist Russland weiterhin ein oligarchisch organisiertes Machtssystem, da eine exklusive Elite mit Hilfe extraktiver politischer und wirtschaftlicher Institutionen maßgeblich die Schwerpunkte in der Wirtschafts- und Außenwirtschaftspolitik bestimmt. Diversifizierungen der Wirtschaft und technologische Sprünge in innovative Sektoren fanden nicht statt, denn diese Umstrukturierung wäre nur unter der Hinzunahme von neuem, externem Know-how möglich gewesen, was zwangsläufig zur Umschichtung von Ressourcen, zur Streuung von Profiten und zur Neuverteilung von Macht geführt hätte. Das konnte nicht im Interesse der exklusiven Elite sein, die mit dem Export von Rohstoffen weiterhin hohe Renten erwirtschaftete. Der somit spätestens in den frühen 2010er Jahren hingegenommene, persistente Rückstand im ökonomischen Wettbewerb mit dem Westen wurde gepaart mit einem verstärkten Blick nach innen, in dem die patriotische Mobilisierung ab 2014 und eine offene Konfrontation mit den USA und der EU zur neuen Staatsraison wurde (Yakolev, 2021).

Ökonomische Pfadabhängigkeiten und Entwicklungen bis in die Gegenwart

Russland stand im Jahr 2020 mit einem BIP von über 1,48 Billionen USD auf dem elften Platz der größten Volkswirtschaften der Welt. Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion 1991 und der Umstellung auf Kapitalismus und Marktwirtschaft war die Konjunktur aufgrund der strukturellen Umwälzungsprozesse zunächst von hoher Volatilität geprägt, das BIP schrumpfte von 1991 bis 1995 allein um 35 Prozent. Nach einer schweren Wirtschaftskrise – die Russlandkrise 1998/99 infolge der Asienkrise –, die massive Kapitalabflüsse und akute Liquiditätsengpässe auslöste, setzte mit Hilfe internationaler Rettungsprogramme ein kontinuierlicher Aufschwung ein, der das BIP bis zum Jahre 2008 mit einer durchschnittlichen Wachstumsrate von knapp sieben Prozent expandieren ließ (Weltbank). In den darauffolgenden Jahren wuchs das BIP bis zum Jahre 2021 deutlich langsamer bzw. schrumpfte in einzelnen Jahren auch, so aufgrund der weltweiten Finanzkrise (-7,8 Prozent, 2009), der vom Westen verhängten Sanktionen in Folge der Krim Annexion (-1,97 Prozent, 2015) sowie der Corona-Pandemie (-3 Prozent, 2020) (Weltbank).

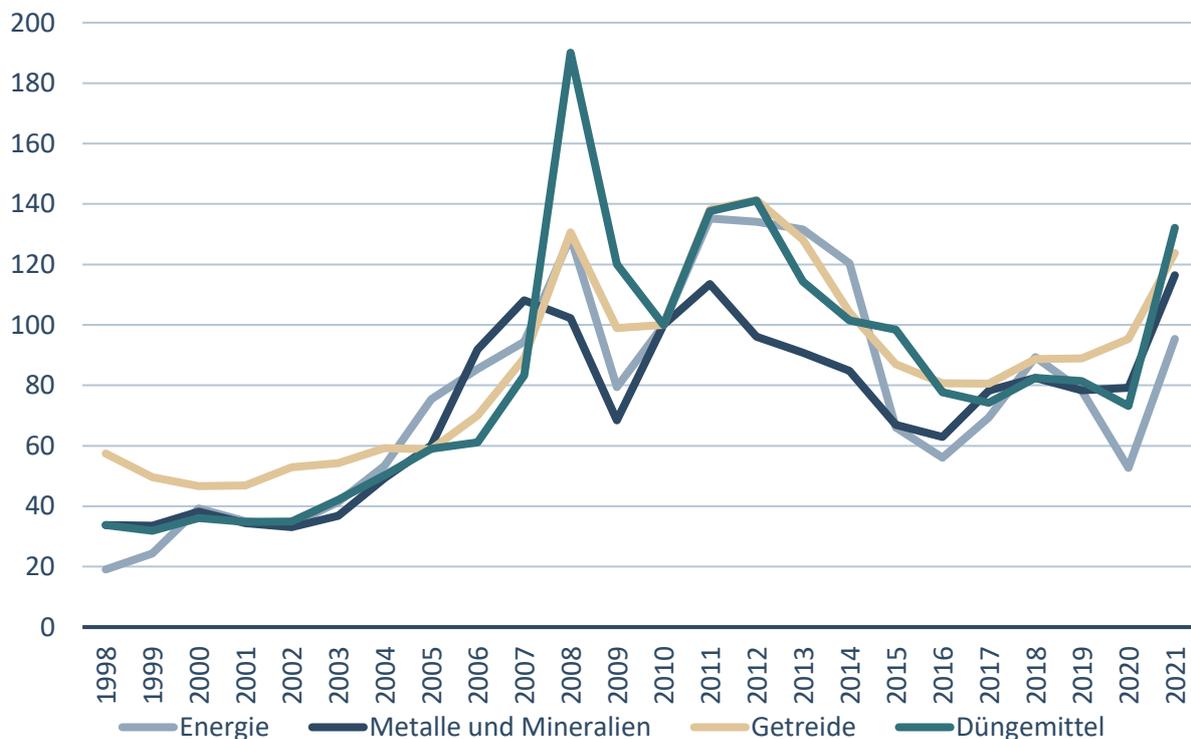
Nach den turbulenten Jahren seit Ende der UdSSR und der Überwindung der Wirtschaftskrise an der Jahrtausendwende, stieg der Wohlstand der Russen – gemessen am BIP pro Kopf – im ersten Jahrzehnt des 21. Jahrhundert deutlich an. Das Pro-Kopf-BIP verdoppelte sich zwischen 1998 und 2008 und wuchs danach – in konstanten Preisen gemessen – bis zum Jahr 2020 um weitere 15 Prozent, wenngleich mit deutlich geringeren Zuwachsraten und höherer Volatilität (Weltbank). Die Überwindung des wirtschaftlichen Krisenjahrzehnts der 1990er Jahre ist im kollektiven Gedächtnis der Russen vor allem mit der Person Wladimir Putin verbunden.

Als Russland am Ende der 1990er Jahre am wirtschaftlichen Abgrund stand, zeichnete Putin in seinem *Millennium-Manifest* ein desaströses Bild der Situation in Russland, das aufgrund niedriger Investitionen aus dem Inland und Ausland kompetitive Vorteile in der industriellen Produktion verursachte. Das Problem war, darauf deutete Putin hin, dass veraltete Technologien verwendet wurden und in den 1990er Jahren der Kapitalstock massiv geschrumpft war. Das postsowjetische Russland, so Putin, zahle den Preis für den „exzessiven Fokus der Sowjetökonomie auf die Entwicklung des Rohstoffsektors und der Verteidigungsindustrie“, was einen negativen Einfluss auf die Entwicklung anderer Produkte und Dienstleistungen gehabt habe. Dieser beschriebene Effekt ließ Russland zu einer Rohstoffökonomie werden, Reichtum entfaltete sich vor allem mit der Förderung von Bodenschätzen, wohingegen der Inlandskonsum im Vergleich zu weiter fortgeschrittenen Ökonomien deutlich niedriger war und die Dominanz des Exportmarktes verstärkte (Ermolaev, 2019).

Putins Vision im Jahre 1999 war es, Russland in ein neues Zeitalter des Wohlstands zu führen, das auf der Herausbildung einer innovationsbasierten Ökonomie basieren sollte (Dyker, 2012). Dafür hätte Russland einen grundlegenden strukturellen und institutionellen Wandel vollziehen müssen, um die Dominanz des Rohstoffsektors, seit Jahrzehnten die Stütze der russischen Wirtschaft, zu durchbrechen und Raum für innovative Sektoren in der verarbeitenden Industrie (Luft- und Raumfahrt, Telekommunikation, High Tech) zuzulassen, die nur kleinere Anteile an der Wertschöpfung ausmachten. Eine schnelle Erholung aus der Wirtschaftskrise war zunächst nur durch eine Stabilisierung der Staatsfinanzen und Förderung der wettbewerbsintensivsten Industrien zu erwarten, sodass das Wirtschaftswachstum nach 1999 durch den Export von Rohstoffen angetrieben wurde, deren Preise sich in den frühen 2000er Jahren stabilisierten und in den Folgejahren stark anstiegen (Abbildung 2-1). Die Opportunitätskosten für die Umstellung auf neue Sektoren waren zu diesem Zeitpunkt hoch. Infolge der hohen Rohstoffpreise stiegen die Rohstoff-Exporte Russlands zwischen 1999 und 2007 stark an und erbrachten dem Land einen enormen Handelsbilanzüberschuss als eine Art Windfall-Profit (Abbildung 2-2). Vor dem Hintergrund der besonderen Exportstruktur Russlands waren es vor allem die hohen Preise für Rohstoffe, die das Wachstum der Exportwerte antrieben (Kolev, 2016, Tovar-García/ Carrasco, 2019).

Abbildung 2-1: Entwicklung der Rohstoffpreise wichtiger Exportprodukte Russlands

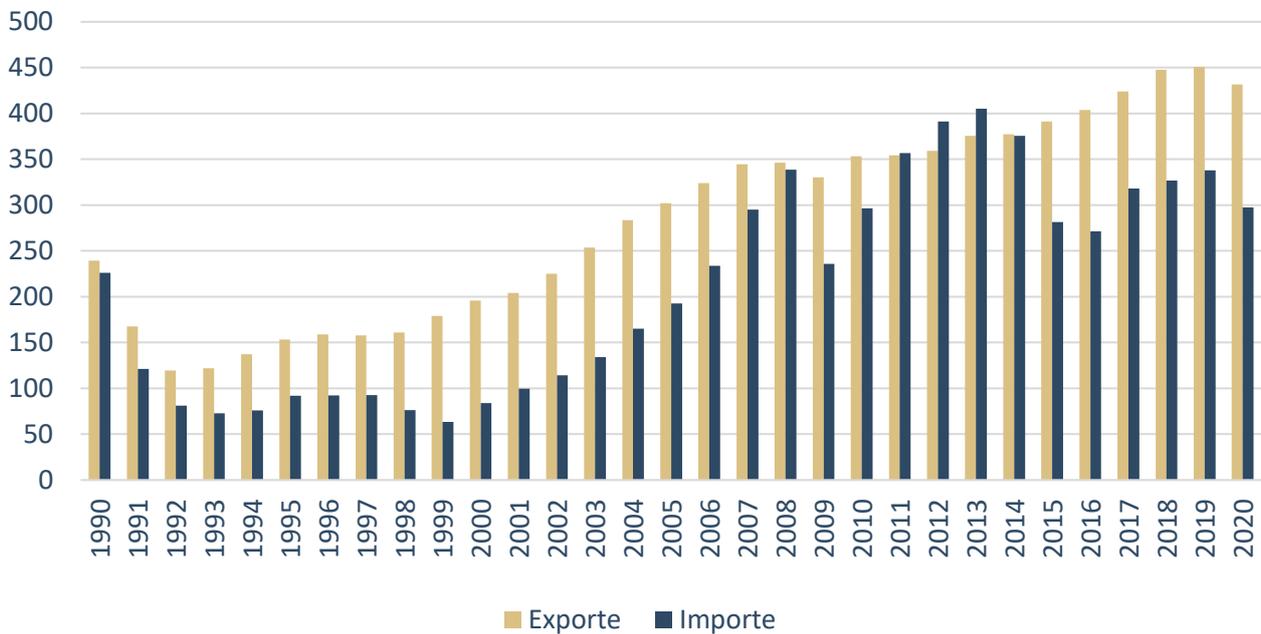
Index 2010=100



Quelle: Weltbank

Abbildung 2-2: Reale Exporte und Importe Russlands

Angaben in Milliarden US-Dollar zu konstanten Preisen des Jahres 2015



Quelle: Weltbank

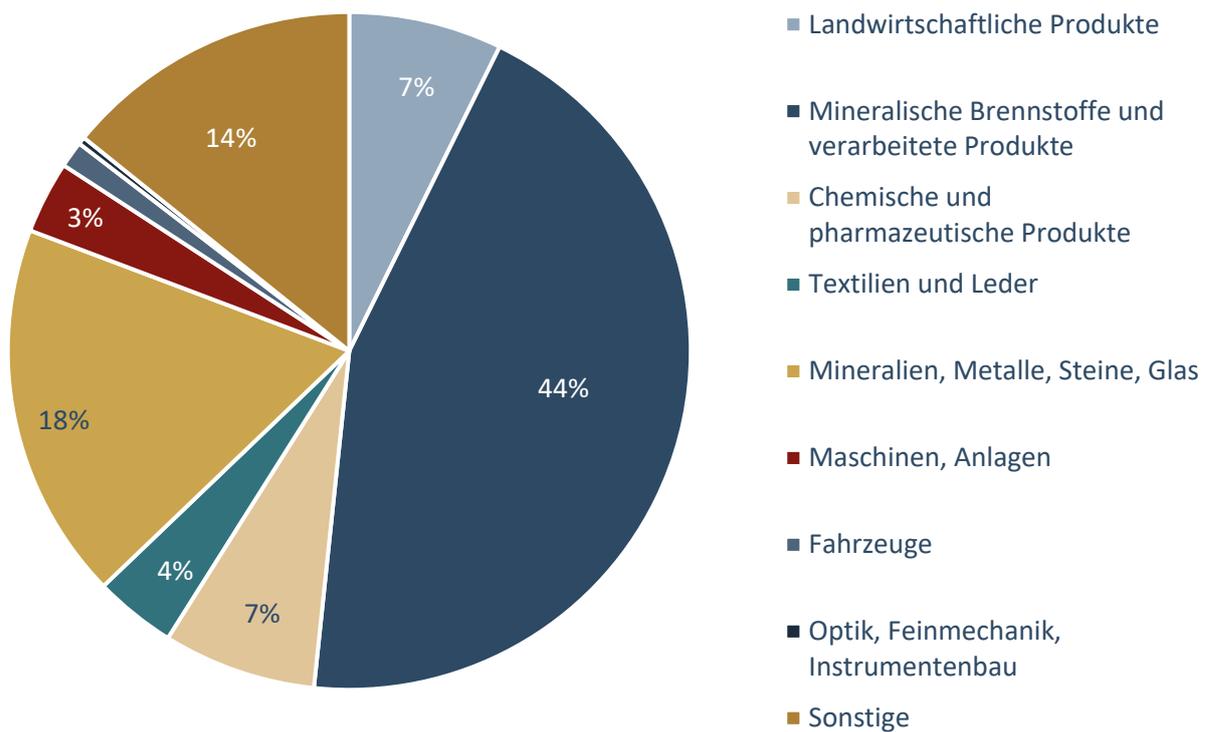
Dazu kommt, dass der Rohstoffsektor der einzige Wirtschaftsbereich in Russland war, der bereits in der Sowjetzeit kompetitive Preise auf dem Weltmarkt anbieten konnte. Die Kommandowirtschaft und internationale Abschottung der UdSSR verhinderten, dass sich eine kompetitive sektorale Wirtschaftsstruktur bilden konnte mit Preisen, die dem Wettbewerb im Weltmarkt standhielten. Die UdSSR war von allen sozialistischen Staaten des Ostblocks das Land mit der am stärksten ausgeprägten Planwirtschaft, sodass die Umstellung auf Marktwirtschaft in Russland am schwierigsten gelang (Yakovlev, 2000).

Schon Jahrzehnte zuvor war der Rohstoffexport, insbesondere der Erdöllexport, für Russland eine wichtige Einnahmequelle gewesen, nachdem die Erdölförderung zwischen 1945 und 1987 massiv ausgebaut worden war (Moser, 2017). Dies wurde unterstützt durch die gestiegene Nachfrage nach russischem Öl in Westeuropa, das sich als Reaktion auf die beiden Ölpreiskrisen der 1970er und frühen 1980er Jahre vom Nahen Osten als Erdöllieferanten unabhängiger machen wollte und sich der UdSSR wirtschaftlich annäherte. Der Fokus auf dem Export von Rohstoffen blieb nach 1990 bestehen, sodass die heutige Exportstruktur sich nicht wesentlich von der damaligen unterscheidet. Hinzu kam ab den 1970er Jahren der Gasexport nach Mitteleuropa, als im Zuge der Entspannungspolitik dafür grundlegende Geschäfte – erstes deutsch-sowjetisches Röhren-Erdgas-Geschäfte vom 1. Februar 1970 nachdem gegen Ende der 1960er Jahre das Röhrenembargo gegen Russland aus der Kuba-Krise aufgehoben worden war – abgeschlossen wurden. Neben mineralischen Brennstoffen (Erdöl, Erdgas und verarbeitete Produkte) und nachgelagerten Produkten (Chemie,

Pharmazeutik) ist der Export von anderen Bodenschätzen wie Metallen, Steinen und daraus verarbeiteten Produkten bedeutend sowie zu einem kleineren Anteil auch von landwirtschaftlichen Produkten (Weizen) (Abbildung 2-3).

Abbildung 2-3: Exportstruktur Russland

Anteile in Prozent, 2021

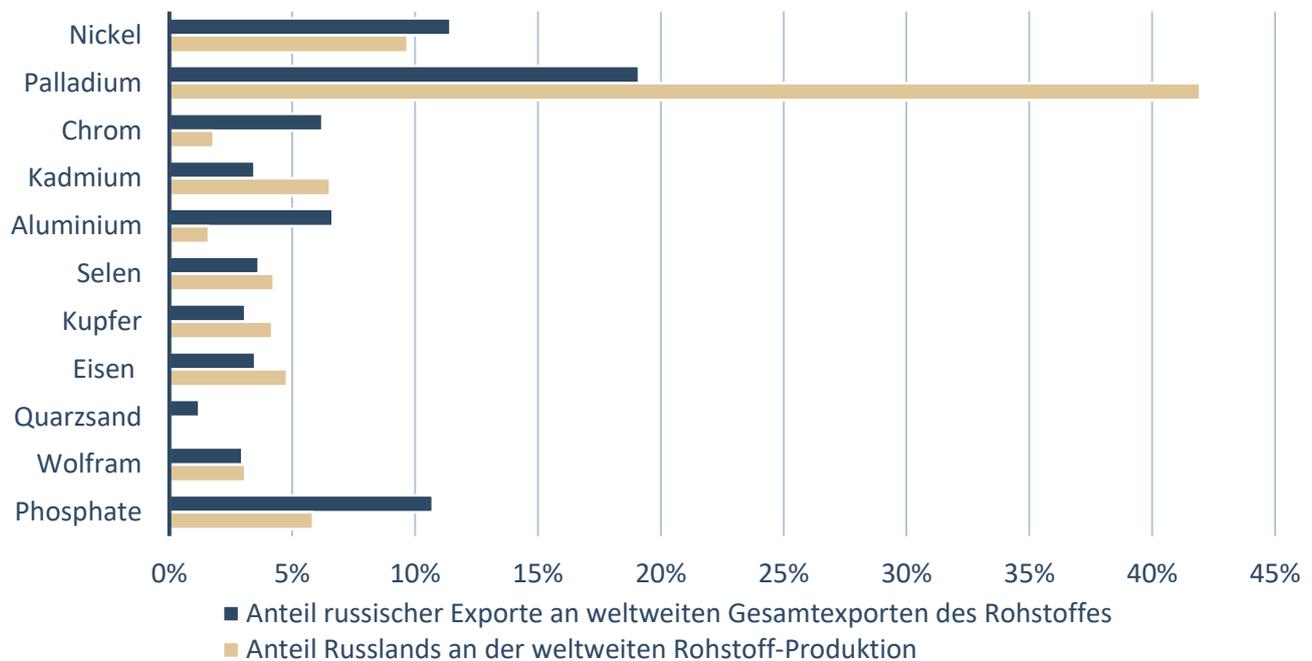


Quelle: The Observatory of Economic Complexity (OEC)

Der Rohstoffexport ist nicht nur für die russische Wirtschaft ein wichtiger Einnahmefaktor, sondern auch für die Versorgung des Weltmarktes von Bedeutung, wie Abbildung 2-4 zeigt. Russland hat damit eine geostrategisch wichtige Funktion als Rohstofflieferant, und zwar nicht nur für Europa, sondern für alle entwickelten Industriestaaten. Das gilt vor allem für jene Rohstoffe, in denen Russland einen überproportionalen Anteil aufweist.

Abbildung 2-4: Russlands Relevanz für Export und Produktion wichtiger Rohstoffe

Anteile in Prozent



Quellen: Bähr et al., 2022, UN Comtrade, BGS, S&P, Institut der deutschen Wirtschaft

Die Spannungen auf den Weltmärkten für Weizen und Düngemittel infolge des Ukraine-Krieges im Frühjahr und Sommer 2022 zeigen, dass Russland eine strategische Bedeutung im Welthandel bei der Versorgung auch mit diesen Gütern hat. Die Weltmarktpreise für Weizen und Düngemittel stiegen zwischen Jahresbeginn und Juni 2022 um 39 Prozent (US-Dollar pro Scheffel Weizen) bzw. 30 Prozent (durchschnittlicher Düngepreis) (Weltbank, Macrotrends, 2022). Im Jahre 2021 stand Russland beim Export von Weizen mit 39 Mio. Tonnen auf dem ersten Platz und wies gemeinsam mit der Ukraine (17 Mio. Tonnen) einen Anteil von 28 Prozent des Welthandels an Weizen auf. Für fast 50 Länder haben beide eine unentbehrliche Rolle in der Lieferung von Weizen und anderen Getreidearten inne (The Economist, 2022b). Und eine genauso wichtige Funktion hält Russland auf den Exportmärkten für Düngemittel, wie beispielsweise im Phosphatmarkt (Abbildung 2-4), auf dem es wie auch bei Kali und Stickstoff die ersten drei Plätze in der Produktion belegt (The Economist, 2022b).

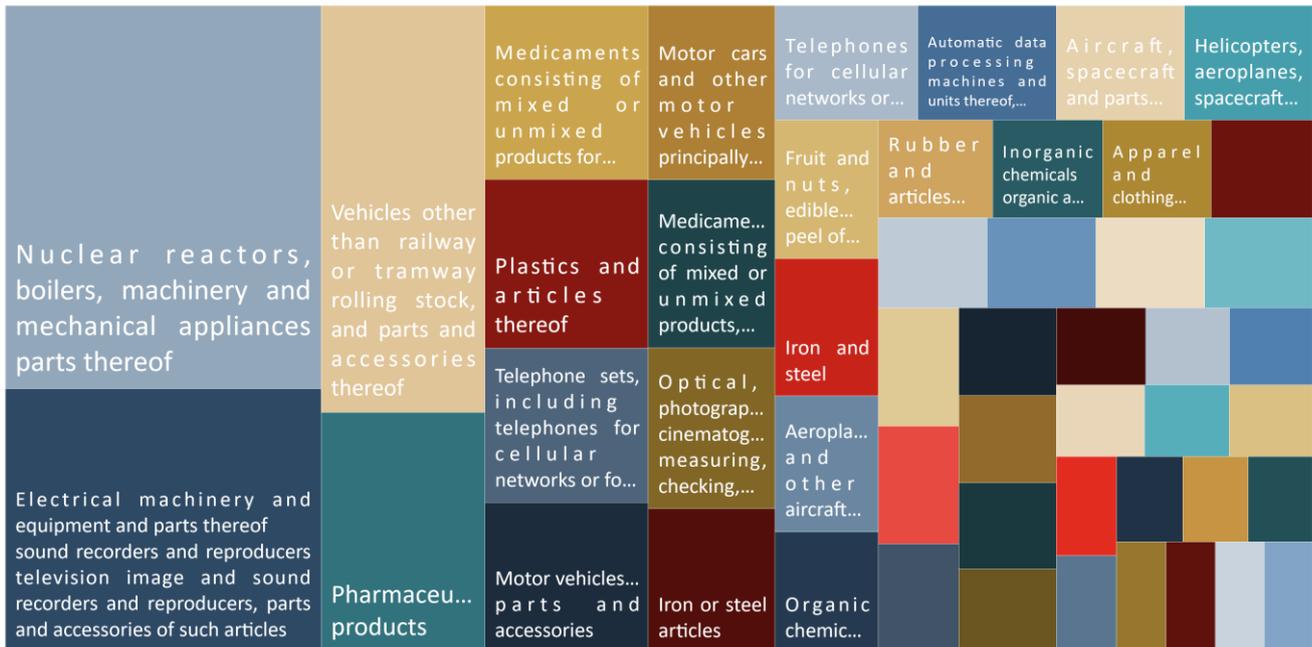
Es wird deutlich, dass sich der Wohlstand Russlands im Jahre 2022 noch immer auf dem Export von Rohstoffen gründet. Felbermayr et al. zeigen, dass eine langfristige Unterbrechung der Lieferströme zwischen Russland und dem Westen einen Rückgang der jährlichen Wirtschaftsleistung in Russland um 9,7 Prozent zur Folge hätte (Felbermayr et al., 2022). Anders als von Wladimir Putin im Jahre 1999 gefordert, Russland müsse

eine innovationsbasierte Ökonomie werden, um sich weiterzuentwickeln, blieben die hergebrachten Strukturen und die Dominanz des Rohstoffsektors bestehen, mit wenig Diversifizierung in anderen Sektoren. Investitionen in innovative Sektoren nahmen zwar von 2008 bis 2013 massiv zu, wie die Steigerung der Investitionsvolumina im Venture-Capital (VC)-Markt in Russland um fast 100 Prozent zeigt. Im Vergleich zu anderen wirtschaftlich fortgeschrittenen Ländern war das VC-Volumen im Höhepunkt 2013 mit über 26 Mrd. USD aber stark unterdurchschnittlich (OECD, 2020). Die Struktur des VC-Markt zeigt zudem, dass insbesondere in Kommunikations-, Finanz- und Energieunternehmen investiert wurde und die Sektoren wie Internetunternehmen/KI, industrielle Ausrüstungen und die Konsumgüterindustrie einen viel kleineren Anteil aufwiesen (OECD, 2015). Dies passt zur Prognose der damaligen Wirtschaftsministerin Elwira Nabiullina im Jahre 2008, dass es Russland auf absehbare Zeit vom Export von Rohstoffen, Erdöl und Erdgas, aber auch anderen Ressourcen abhängig bleiben dürfte und die Volkswirtschaft sich nur langsam den entwickelten Ländern annähern würde (Dyker, 2012).

Zudem ist Russland stark abhängig von westlicher Technologie, insbesondere in strategisch bedeutenden Sektoren, wie der Nukleartechnik, der Biotechnologie, Elektrotechnik und Life Science, wo der Anteil der Importe aus dem Westen (EU, US, UK) zwischen 65 und 80 Prozent liegt (Marcus et al., 2022). Dies schlägt sich in der Importstruktur des Landes nieder, bei der komplexe Endprodukte wie Maschinen, Elektronik und Kraftfahrzeuge die wichtigsten Güter sind (Abbildung 2-5). Die fehlende Diversifizierung der russischen Wirtschaftsarchitektur hat eine Vielzahl von Gründen. Der Export von Öl und Gas sowie anderen Rohstoffen ist nicht nur profitabel, sondern auch im Vergleich zu anderen Gütern relativ preisunelastisch; die Nachfrage nach diesen Gütern schwankt auf mittlerer Sicht nur sehr wenig in Abhängigkeit der Preisänderung, Ausweichmöglichkeiten sind aufgrund der speziellen Infrastruktur bei Gas (Pipelines) nur schwer zu realisieren und Substitutionsmöglichkeiten auf andere Brennstoffe sowie Energieträger kurz- bis mittelfristig nicht möglich. Auch dies macht die Öl- und Gasförderung in Russland so attraktiv und die Opportunitätskosten für eine Diversifizierung hoch.

Abbildung 2-5: Importstruktur Russland

50 wichtigste Importgüter nach UN - HS Klassifikation, 2019*



* Eine vollständige Übersicht befindet sich im Anhang

Quelle: UN Comtrade

Von Putins Vision eines modernen Russlands mit einer Transformation zu einer innovationsbasierten Ökonomie ist wenig realisiert worden. Die für einen solch großen Quantensprung erforderlichen Investitionen in innovative Sektoren, insbesondere der Luft- und Raumfahrt, der Telekommunikation und High-Tech sind in den zwei Jahrzehnten nach der Veröffentlichung des *Millennium Manifests* nur ansatzweise erfolgt. Zwar verzeichnete das Land in der ersten Dekade des 21. Jahrhunderts einen hohen Zufluss an ausländischen Direktinvestitionen (FDI), die maßgeblich zur Steigerung regionaler Produktivität beitrugen und russische Firmen von Wissens-Spill-Over Effekten profitieren ließen (Iwasaki et al., 2015). Allerdings sind diese hohen FDI maßgeblich auf Aufholeffekte nach sehr geringen FDI in den 1990er Jahren zurückzuführen, als Russland von sehr hoher Instabilität geprägt war und dies Investoren abschreckt hatte (Mariev et al., 2016).

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass Russlands Ökonomie im Jahr 2022 drei zentrale Charakteristika aufweist: abhängig vom Export von Rohstoffen, vor allem nach Europa, abhängig vom Import westlicher Technologie, und geplagt von einem engen korrupten politisch-ökonomischen Herrschaftskomplex. „In short, the picture that emerges of the structure of the modern Russian economy is that of an internally corrupt, western technology-dependent resource behemoth, which provides both the revenue to sustain the Kremlin’s foibles while also saddling the country with a natural resource curse accompanied by a self-serving oligarchic elite trying to reap as much economic value as possible from the oil and gas sectors. But this is only

the tip of the iceberg when it comes to the insolvable, systemic problems facing the Russian economy” (Sonnenfeld et al., 2022b).

3 Hat Russland die „holländische Krankheit“? Der Zusammenhang zwischen Rohstoffexporten und industrieller Entwicklung

Die Skizze der wirtschaftlichen Entwicklung der Russischen Föderation hat aus einem Gemisch von nachwirkenden Strukturen historischer Rückständigkeit, politischer Tradition, zentral verankerter Gewaltherrschaft, misslungener Transformation nach 1990 und einseitiger ökonomischer Orientierung auf Ressourcen das Bild einer nicht zukunftsfähigen Volkswirtschaft entstehen lassen. Dieser Befund verschärft sich, wenn man bedenkt, dass die Dekarbonisierung der Industrie und Energieproduktion in den kommenden Jahrzehnten den Bedarf an fossilen Energieträgern in den Transformationsökonomien dauerhaft vermindern wird. Russland wird dann jedenfalls mit sinkenden Preisen leben müssen, die möglicherweise kurzfristig Nachfrage aus weniger oder langsamer sich dekarbonisierenden Ökonomien mobilisiert (Rebound-Effekt). Beim leitungsgebundenen Gas ist die Umlenkung der Ströme jedoch besonders voraussetzungsstark, denn die Option neuer Pipelinesysteme setzt massive Investitionen voraus, eine LNG-Produktions- und Lieferinfrastruktur ebenfalls. All das bräuchte viele Jahre.

Für die Frage, welche wirtschaftlichen Perspektiven für Russland absehbar sind, kann unabhängig von den historischen Prägungen und den künftigen politischen Bedingungen der Blick auf die relevanten theoretischen Ansätze hilfreich sein. Die hier vorgenommene Einordnung der wirtschaftlichen Entwicklung Russlands entspricht grundsätzlich den Argumenten und Kriterien der *Modernisierungstheorien*, die eng mit der These von „Wandel durch Handel“ zusammenhängen. Diese Theorien beruhen auf der Vorstellung, dass ein gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Fortschritt infolge von Basisinnovationen, die einen starken und breiten Produktivitätseffekt auslösen, einen Wertewandel hin zu einer breiteren Selbstermächtigung des freiheits- und verantwortungsfähigen Individuums auslöst (Inglehart/Welzel, 2005). Muster der Partizipation und Verfahren der Konfliktlösung entstehen, um die ökonomischen Möglichkeiten und die resultierende gesellschaftliche Komplexität zu gestalten. Dahinter steht die Vorstellung, dass es letztlich in allen Gesellschaften ähnliche Prozesse gebe, weil gesellschaftlicher Aufstieg und soziale Differenzierung, der Wunsch nach Beteiligung, säkulare Entkopplung von der Gestaltung der Lebenswelt durch die Religion, Steigerung des Pro-Kopf-Einkommens so oder so, gegebenenfalls verzögert, aber im Grundsatz überall auf der Welt wirksam werden. Die Erfahrungen mit China und Russland in den vergangenen dreißig Jahren machen jedoch deutlich, dass es

diesen – westlich (eurozentrisch) gedachten – Automatismus dort nicht gibt, dass Regressionen vorstellbar sind, dass autokratische Herrschaft selbst in der digitalen Welt eine Chance hat.

Daraus folgt aber nicht, dass die Überlegungen der Modernisierungstheorie keine Erklärungskraft für die Frage besitzen, welche Perspektiven auf plausible Weise aus institutionellen Bedingungen abgeleitet werden können und was dies für den Wettbewerb mit „modernen“ Staaten bedeutet. Die Ernüchterung über die westliche Naivität der Modernisierungstheorie hat die *Dependenztheorien* hervorgebracht. Damit wurde versucht, das Scheitern der Dekolonisation in den 1950er und 1960er Jahren zu erfassen. Als Erklärung für die schwache und enttäuschende Entwicklung ehemaliger Kolonien wurde vorgebracht, dass die etablierten Handelsbeziehungen den strukturellen und machtpolitischen Nachteil der Entwicklungsländer verfestigt hätten („ungleicher Tausch“ zwischen den Rohstofflieferanten und Industrieländern). Die Folge wäre eine fortlaufende Verschlechterung der Terms of Trade der Entwicklungsländer, also deren Wohlstandsposition (Prebisch-Singer-These). Das steht in Verbindung mit dem Konzept der „strukturellen Heterogenität“ (Senghaas, 2002), mit dem in der Entwicklungspolitik der Tatbestand erfasst wurde, dass durch die Globalisierung zwar normativ vom transatlantischen Standard distanzierte Länder durch Handel erreicht werden und so an den technischen Entwicklungen sowie Konsummöglichkeiten der Industrieländer teilhaben können, doch zugleich wegen ordnungspolitischer und wirtschaftsstruktureller Diskrepanzen enorme Wohlstandsunterschiede verbleiben. Diese Differenzen äußern sich nicht nur im Einkommensniveau, sondern ebenso in der Qualität der Produktionsweisen und der Konsummuster.

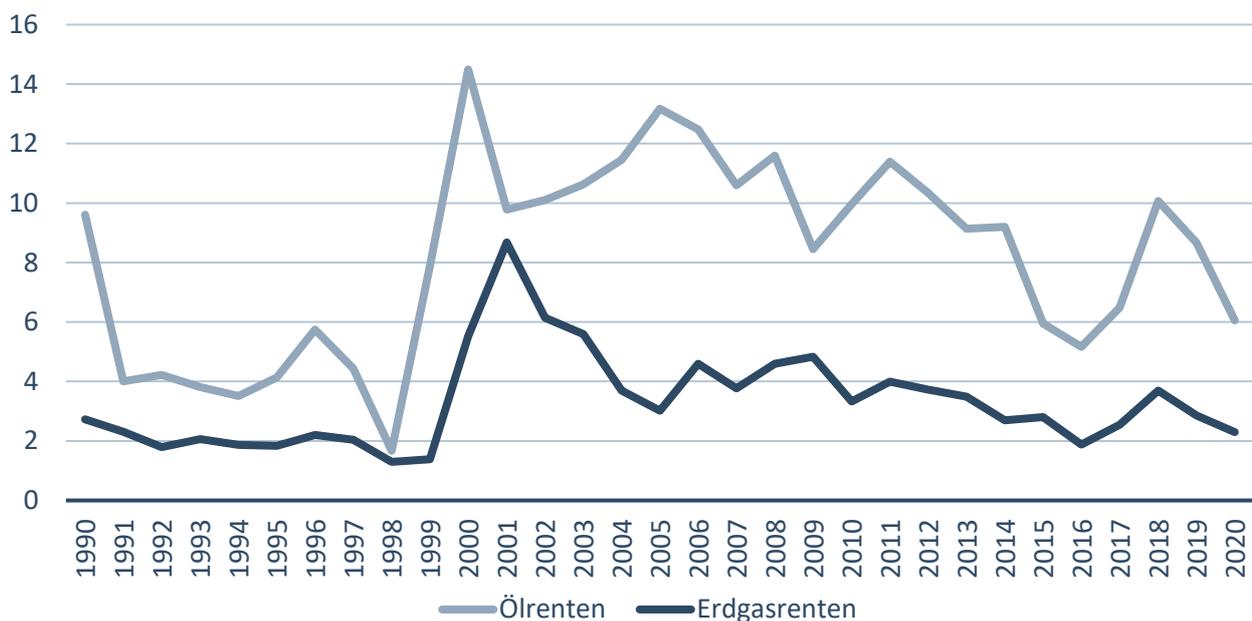
Wie bei der Modernisierungstheorie gilt bei der Dependenztheorie, dass weder Eindeutigkeit noch Zwangsläufigkeit der Theorie zu belegen sind. Der Aufstieg der ostasiatischen Staaten macht beispielsweise deutlich, dass es auch anders gehen kann. Allerdings zeigt sich, dass die von der Dependenztheorie nicht explizit als ursächliche Faktoren benannten Merkmale von Entwicklungsökonomien – wie der Mangel an Humankapital und Finanzkapital, kulturelle Besonderheiten sowie politisch-institutionelle Beschränkungen – einen hohen Erklärungswert für die wirtschaftliche Performanz besitzen können. Tatsächlich lassen sich aus beiden Theoriesträngen Überlegungen für Russland ableiten, wenn man den Gedanken von Walter Eucken aufnimmt, der eine Konsistenz der Teilordnungen – Gesellschaft, Kultur, Politik, Recht, Ökonomie – als Bedingung einer gedeihlichen Entwicklung benennt (Eucken, 1952).

Russland leidet unter einem Mangel an Modernisierung, was die Fähigkeit angeht, komplexe Strukturen zu steuern, Partizipation zuzulassen und kooperative Konfliktlösung zu institutionalisieren. Russland leidet zugleich an der Abhängigkeit von Rohstoffexporten, deren Erlöse nicht zu Innovationsschüben und Produktivitätsgewinnen in anderen Sektoren der Volkswirtschaft führen. Abbildung 3-1 verdeutlicht, wie die Gewinne

aus Erdöl- und Erdgasexporten aufgrund steigender Weltmarktpreise anstiegen und welche starke volkswirtschaftliche Bedeutung der Sektor für Russland hat. Obwohl volkswirtschaftlich kein Kapitalmangel herrscht, gelingt es nicht, die russische Volkswirtschaft auf einen selbsttragenden innovationsgetriebenen Pfad zu bringen. Die institutionellen Schwächen konnten nicht behoben werden, der Strukturwandel ist nicht in die gewünschte Richtung gegangen. Stattdessen dominiert in der russischen Volkswirtschaft der militär-industrielle Komplex, zudem sind weite Bereiche der staatlich beeinflussten Unternehmen durch Korruption gekennzeichnet. Auf dem Korruptionsindex von Transparency International rangiert Russland – wie bereits angeführt – Rang 136 von insgesamt 199 Ländern (2021). Das verbindende Element in der negativen Verquickung modernisierungstheoretischer Defizite und dependenztheoretischer Befunde liegt für Russland in dem Erklärungsmodell der „holländischen Krankheit“, die den volkswirtschaftlichen Fluch einer Ressourcenökonomie thematisiert. Es schließt sich die Frage an, was die Herausbildung eines dominanten Wirtschaftssektors langfristig bedeutet.

Abbildung 3-1: Rohstoffrenten in Russland in Prozent des BIP

Angaben in Prozent des BIP



Quelle: Weltbank

Rohstofffunde erscheinen vordergründig als Wohlstandsgewinn, denn ohne eigene Vorleistungen und Kapitalbindung resultieren daraus zusätzliche Möglichkeiten der Einkommensentstehung. Doch in der Ökonomik hat sich der Begriff des *Rohstofffluchs* etabliert, denn – hier gilt eine Binsenweisheit – es kommt darauf an, was man daraus macht. So zeigen die rohstoffexportierenden Länder eine sehr unterschiedliche Wachstumsperformance (Bardt, 2005). Vor allem seit den frühen 1980er Jahren haben Ökonomen angesichts der

spezifischen Erfahrungen der Niederlande das Phänomen der „holländischen Krankheit“ modellhaft skizziert (Corden, 1984). In den Niederlanden wurden in den 1960er Jahren große Erdgasvorkommen entdeckt, und es wurde mit deren Ausbeutung begonnen, in zeitlicher Folge schrumpfte der industrielle Sektor. Diese De-Industrialisierung und der gesamte damit verbundene Strukturwandel verlangte nach einer Erklärung.

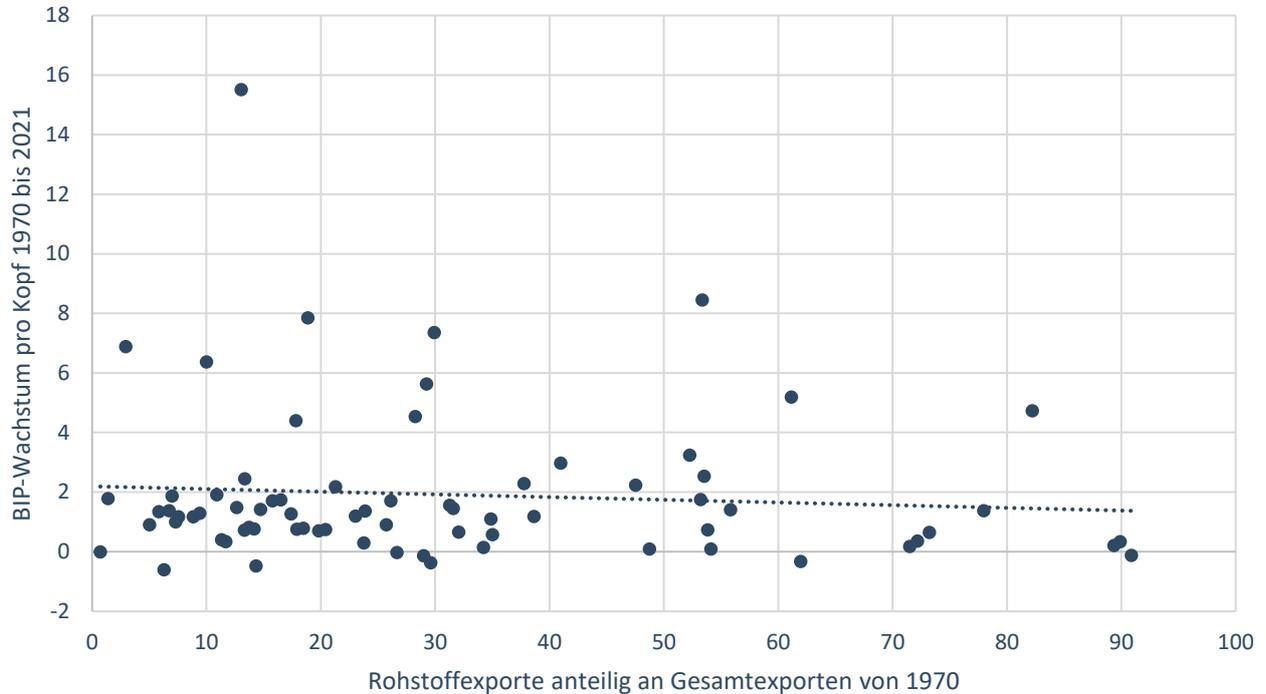
Die Mechanik kann im Grundmodell wie folgt beschrieben werden (Corden, 1984): Der Fund eines Rohstoffvorkommens eröffnet dem Land eine neue Exportmöglichkeit, besonders bei fossilen Energieträgern. Der Rohstoffsektor wird über den Export zum boomenden Sektor, dem ein schwächer werdender binnenwirtschaftlicher Sektor mit handelbaren Gütern (in der Regel Industrie) sowie ein allerdings erstarkender Sektor international nicht-handelbarer Güter gegenüberstehen. Die Exporte generieren zusätzliche Erlöse, die in Form ausländischer Devisen in das Land kommen und durch den Umtausch in die heimische Währung diese unter Aufwertungsdruck setzen. Das wiederum verbilligt die Importe für das neue Rohstoffland, so dass die Produktion heimischer Güter unter Druck gerät, die zusätzlich an preislicher Wettbewerbsfähigkeit an den internationalen Märkten verlieren. Die Exporterlöse führen zu einem Ausgabeneffekt, indem direkt oder indirekt über die Steuereinnahmen des Staates die Nachfrage nach den nicht-handelbaren Gütern expandiert, deren Preise steigen (reale Aufwertung).

Dies und die verlockend hohen Gewinne im Rohstoffsektor führen dazu, dass die anderen Sektoren an Bedeutung verlieren (Ressourcenallokationseffekt). Es kommt zu einer Verlagerung von Ressourcen und Produktionsfaktoren aus der Industrie, dem Dienstleistungssektor und der Landwirtschaft in den boomenden Sektor der Rohstoffgewinnung. Die Ressourcenbewegung in den boomenden Sektor folgt der dort steigenden Grenzproduktivität der Arbeit und damit höheren Entlohnung. Der Abwanderung von Beschäftigten aus der lahmen Industrie wird als direkte De-Industrialisierung bezeichnet. Zusätzlich werden Arbeitskräfte in den boomenden Rohstoffsektor aus dem Sektor nicht-handelbarer Güter abgeworben, was dort das Angebotsvolumen verringert, die relative Verknappung verschärft (reale Aufwertung) und dadurch wiederum Arbeitskräfte aus der Industrie abzieht. Das wird indirekte De-Industrialisierung genannt.

Der negative Zusammenhang zwischen dem Anteil von Rohstoffexporten am Bruttoinlandsprodukt und der Entwicklung des realen Pro-Kopf-Einkommens ist empirisch schon länger gut belegt (Sachs/Warner, 1995). In Abbildung 3-2 ist der Zusammenhang mit Blick auf die Pro-Kopf-Wirtschaftsleistung aktualisiert dargestellt für den Zeitraum 1970 bis 2021). Aufgrund des Strukturbruchs, der in zahlreichen Ländern ab 1990 stattfand, weichen diese Ergebnisse von dem aus der Studie von Corden/ Neary leicht ab. Die Tendenz des negativen Zusammenhangs wird dennoch visuell deutlich.

Abbildung 3-2: Rohstofflastigkeit des Exports und Pro-Kopf-Einkommen

N = 73, Korrelationskoeffizient: -0,009



Quellen: UN Comtrade, Weltbank, Institut der deutschen Wirtschaft

Die skizzierte Wirkungskette erklärt einen De-Industrialisierungsprozess infolge eines Ressourcenfundes, wie dieser im Falle der Niederlande zu beobachten war. Verstärkt werden kann der Trend einer „indirect de-industrialization“ (Corden/Neary, 1982) noch dadurch, dass die Exporterlöse entweder direkt als staatliche Einnahmen oder indirekt über die daraus folgenden Steuereinnahmen für konsumtive Zwecke – über den Ausbau des Sozialstaats – statt für Investitionen und Kapitalbildung eingesetzt werden.

Die wirtschaftspolitische Antwort auf diesen Ressourcenfluch liegt einerseits darin, die in internationaler Währung fakturierten Exporterlöse nicht in die heimische Währung umzutauschen, sondern direkt für global diversifizierte Portfolio- und Sachinvestitionen zu nutzen. Die Erträge können dann für zusätzliche Investitionen im Inland eingesetzt werden. Andererseits kann darauf geachtet werden, die Erlöse aus dem Rohstoffexport, wenn sie schon in heimische Währung transferiert werden, direkt investiv zu verwenden. Immerhin wurde in Russland durch den 2004 gegründeten Stabilisierungsfonds Vorsorge gegen einbrechende Staatseinnahmen aufgrund sinkender Weltmarktpreise für Erdöl und zur langfristigen Sicherung des Wohlstands geleistet. Verhindern konnte das die „holländische Krankheit“ aber nicht.

Tabelle 3-1: Die Symptome der Holländischen Krankheit
Effekte der Primärwirkungen auf makroökonomische Größen

	Produktion	Beschäftigung	Lohn	Preiseffekt
Effekt der Ressourcenallokation				
• Ölsektor	+	+	+	gegeben
• Verarbeitendes Gewerbe	-	-	+	gegeben
• Dienstleistungssektor	-	-	+	+
Ausgabeneffekt				
• Ölsektor	-	-	+	gegeben
• Verarbeitendes Gewerbe	-	-	+	gegeben
• Dienstleistungssektor	+	+	+	+
Kombinierter Effekt				
• Ölsektor	unbestimmt	unbestimmt	+	gegeben
• Verarbeitendes Gewerbe	-	-	+	gegeben
• Dienstleistungssektor	unbestimmt	unbestimmt	+	+
Empirische Evidenz für Russland, 2003 – 2021 *				
• Bergbau	+280 vH	+ 230 619	+ 80 vH	
• Verarbeitendes Gewerbe	+ 94 vH	- 2 885 026	+ 124 vH	
• Dienstleistungssektor **	+ 54 vH	+ 9 846 548	+ 150 vH	

Quellen: nach Oomes / Kalcheva (2007), S. 13, Rosstat, International Labour Organization, eigene Berechnungen

* Die Zahlen zur Produktion beziehen sich auf den Zeitraum 2003-2021, in realen Größen

** Dienstleistung unterschiedliche Definitionen möglicherweise nicht kongruent zwischen den Kategorien:

Beschäftigten: Quelle ILO Datenreihe Beschäftigte in Services;

Löhne und Produktion: Quelle Rosstat. In der russischen Statistik wird der Dienstleistungssektor nicht explizit ausgewiesen, sondern muss aus den Mittelwerten einzelner Posten zusammengerechnet werden. Dazu zählen: Groß- und Einzelhandel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen, Motorrädern und Gebrauchsgütern; Hotels und Gaststätten; Transport und Kommunikation; Finanzaktivitäten; Immobilienbetrieb, Vermietung und Dienstleistungen; Bereitstellung von Gesundheits- und Sozialdiensten; Bereitstellung anderer gemeinschaftlicher, sozialer und persönlicher Dienstleistungen; Aktivitäten im Haushalt

Die verschiedenen Effekte einer Ressourcenbasierung auf die volkswirtschaftliche Performance lassen sich wie folgt systematisieren (Tabelle 3-1). Die Produktions- und Beschäftigungsgewinne im boomenden Rohstoffsektor werden überkompensiert durch die Verluste in den Bereichen Industrie und Dienstleistungen (als Sektor der international nicht-handelbaren Güter). Die Ausgabenverschiebungen begünstigen allein die Dienstleistungen, so dass die Folgen für das Verarbeitende Gewerbe eindeutig negativ sind. Der Lohndruck durchzieht die ganze Volkswirtschaft, ebenso reagieren die Preise in diesem Sinne, so dass bei gegebenen Weltmarktpreisen allein dadurch ein negativer Terms of Trade-Effekte resultiert.

Russland weist auf Grundlage dieser Beobachtungen viele Gemeinsamkeiten mit dem Phänomen der holländischen Krankheit auf. In einem IMF-Working Paper aus dem Jahr 2007 konnten drei von vier benannten Merkmalen bestätigt werden (Oomes / Kalcheva, 2007). Untersucht wurden die Krankheitssymptome (1)

Aufwertung des realen Wechselkurses, (2) Verlangsamung des Produktionswachstums (De-Industrialisierung), (3) Steigerung des Wachstums im Dienstleistungssektor, (4) übermäßiges Lohnwachstum. Eine reale Aufwertung konnte identifiziert werden, allerdings keine, die über den geschätzten Gleichgewichtswert hinausging. Dies steht in Einklang mit den Ergebnissen einer weiteren Studie, in der ein negativer Zusammenhang zwischen der Rubel-Aufwertung und der Wachstumsrate des Verarbeiteten Gewerbe festgestellt wurde, was mit einer Kombination des Effektes der holländischen Krankheit und der Reorganisation der russischen Wirtschaft im Zuge der Transformation erklärt wurde (Mironov et al., 2015). Eindeutig ist die Produktion im Verarbeitenden Gewerbe langsamer gewachsen als in der Montanindustrie, wohingegen die Beschäftigung stark rückläufig war. Aus den Statistiken lässt sich darüber hinaus ableiten, dass die Produktion im Verarbeitenden Gewerbe in realen Größen zwischen 2003 und 2021 moderat stieg, wobei 2021 bis zu 15 Prozent der Bruttowertschöpfung des Verarbeitenden Gewerbes auf die Koksherstellung und Herstellung von Erdölprodukten entfiel. Der Anteil der Bruttowertschöpfung bei der Herstellung von Koks und Erdölprodukten an der gesamten Bruttowertschöpfung des Verarbeitenden Gewerbes ist in Russland von 2003 auf 2021 um 3 Prozentpunkte gestiegen. Dies verdeutlicht die Spillover-Effekte des Rohstoffsektors auf das Verarbeitende Gewerbe relativiert dessen Produktionsanstieg. Im Bergbausektor sind die größten Zuwächse zu verzeichnen. Die geringsten Produktionsanstiege sind dagegen im Dienstleistungssektor zu beobachten, der etwas mehr als um die Hälfte seines realen Wertes von 2003 gewachsen ist. Die Beschäftigungszahlen zeichnen ein dazu korrespondierendes Bild: Das Verarbeitende Gewerbe verlor zwischen 2003 und 2021 fast 3 Mio. Arbeitsplätze, die Zahlen in der Montanindustrie zeigen eine positive Entwicklung und die Beschäftigung im Dienstleistungssektor boomt mit fast 10 Mio. neuen Arbeitsplätzen.

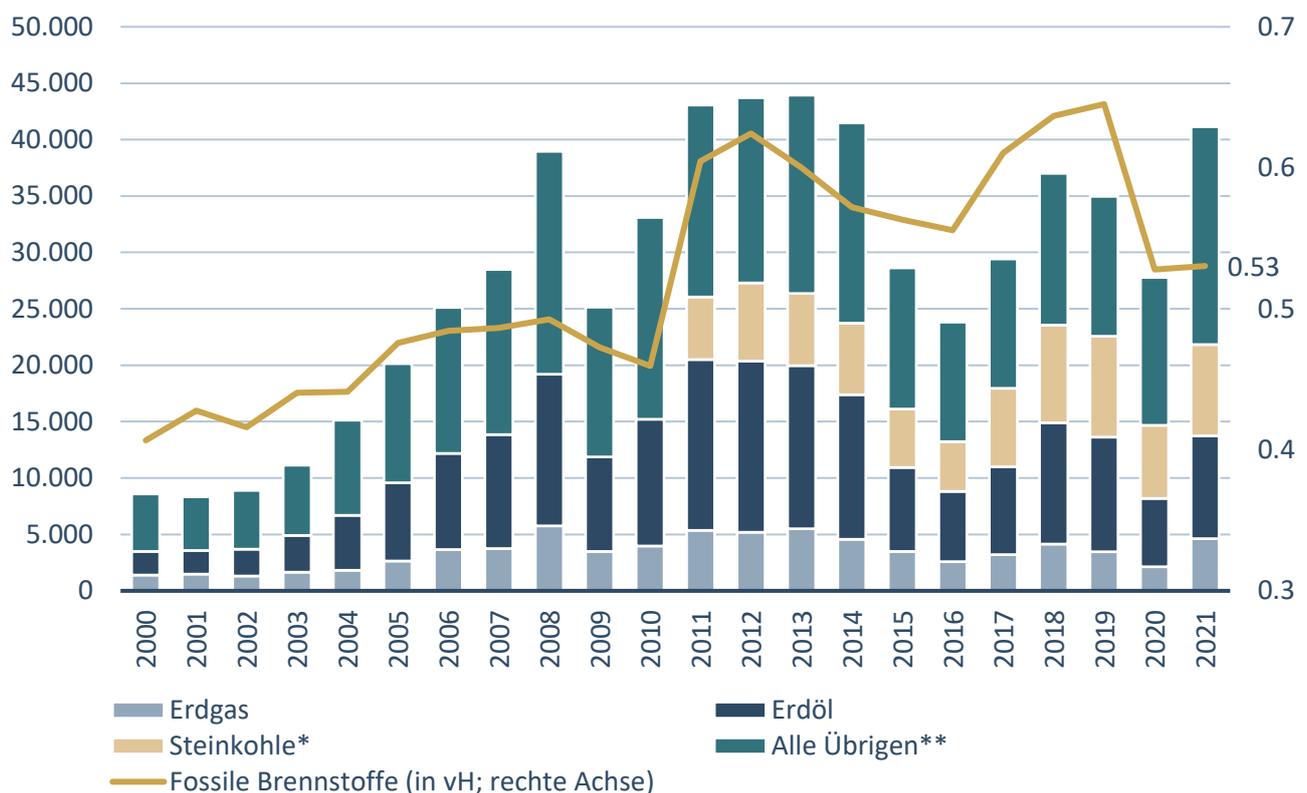
Im Hinblick auf die zwei denkbaren Mechanismen – Ressourcenallokationseffekt und Ausgabeneffekt – wird deutlich, dass der Ausgabeneffekt dominiert, wie es auch Oomes und Kalcheva für die Zeit bis 2007 festgestellt haben. Dies hängt mit der geringen Mobilität der Arbeit in Russland zusammen, da erstens der Ölsektor als größter Teil des Bergbausektors relativ wenige Arbeitsplätze schafft und zweitens die Arbeitsmobilität in diesem Sektor strukturell gering ist (Oomes/ Kalcheva, 2007). Dies führt dazu, dass die Profite und Löhne eines boomenden Ölsektors – vor allem in den Phasen hoher Weltmarktpreise für Erdöl wie zwischen 2000 und 2012 – sekundäre Effekte auf die gesamtwirtschaftlichen Produktionsfaktoren haben. Denn die aggregierte Nachfrage – befeuert durch den boomenden Ölsektor – steigert den Bedarf an Dienstleistungen, deren Preis im Inland determiniert wird und dessen Output schließlich ausgeweitet wird. Die Arbeitsmobilität findet vor allem zwischen dem Verarbeiteten Gewerbe und den Dienstleistungen statt. In der Montanindustrie werden die höchsten Löhne gezahlt, allerdings ist eine stärkere Reallohnsteigerung im Verarbeitenden Gewerbe und den Dienstleistungen zu beobachten. Die Preise zeigen in der gesamten Volkswirtschaft nach oben, was

aufgrund der Lohn- und Kostensteigerungen nicht überraschend ist. „The risk of Dutch Disease exists and warrants close monitoring“ (Oomes / Kalcheva, 2007, 23).

Ein solch umfassendes Monitoring hat – jedenfalls offiziell – nicht stattgefunden. Denn wie die Entwicklung in den vergangenen anderthalb Jahrzehnten zeigt, hat es keinen Fortschritt beim Umbau der russischen Volkswirtschaft von der Ressourcenabhängigkeit hin zu einer modernen, technologiebasierten Wertschöpfungsstruktur gegeben. Alle wirtschaftspolitischen Ansätze sind nach 2008, spätestens nach 2014, versandet oder aufgegeben worden. Die Entwicklung des russischen Exportwertes dokumentiert die robuste Abhängigkeit von Rohstoffexporte, insbesondere vom Erdölexport (Abbildung 3-3).

Abbildung 3-3: Entwicklung des russischen Exportwertes seit 2000

Angaben in Millionen US-Dollar



Quelle: Macrobond *ab 2011; **beinhaltet bis 2011 ebenfalls Steinkohle

Die hohe Abhängigkeit vom Rohstoffexport, der Russland Deviseneinnahmen brachte und die herrschende Politiker- und Oligarchenklasse zu hohen Profiten verhalf, verhinderte eine Diversifizierung der Sektoren. So realisierten sich die theoretischen Prognosen der Holländischen Krankheit, was sich an den Anteilen der Sektoren an der gesamtwirtschaftlichen Bruttowertschöpfung ablesen lässt. Der Anteil des

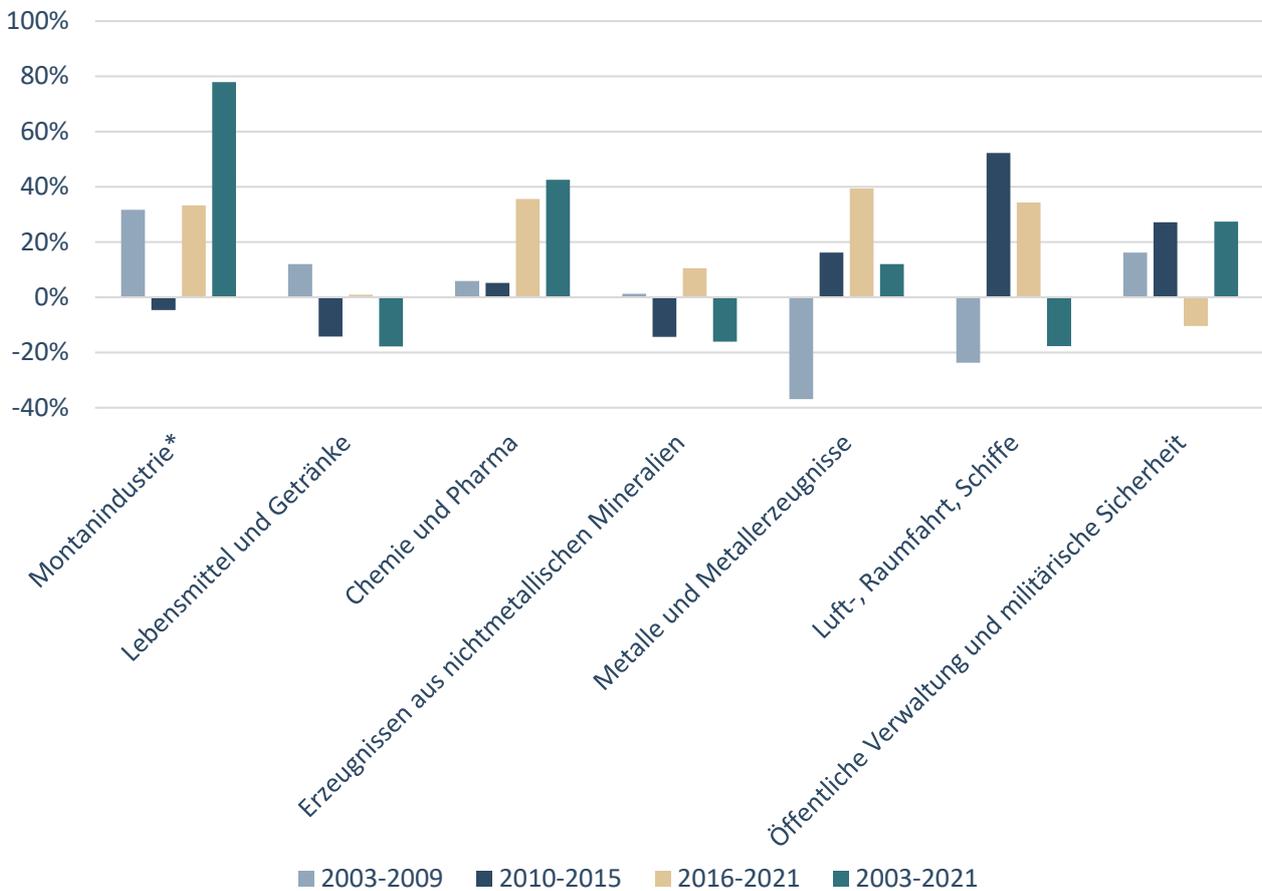
Dienstleistungssektors an der Bruttowertschöpfung stieg dementsprechend zwischen 2003 und 2021 von 40 auf fast 59 Prozent – maßgeblich getrieben von steigender aggregierter Nachfrage – und der Anteil des Verarbeiteten Gewerbes schrumpfte von 16 auf 13 Prozent, wohingegen der Anteil der Montanindustrie nahezu konstant blieb.

Dies unterscheidet sich von der Situation in den Niederlanden in den 1960er und 1970er Jahren oder in Großbritannien in den 1980er Jahren, als Erdgas bzw. Erdölfunde in der Nordsee De-Industrialisierungsprozesse einläuteten. Die Mitgliedschaft in der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft sowie inklusive politische und wirtschaftliche Institutionen (Robinson/Acemoglu, 2012) erleichterten beiden Ländern die Umstellung auf ein neues Geschäftsmodell, das im Falle von Großbritannien der Finanzsektor war und im Falle der Niederlande der Handels- und Dienstleistungssektor. Eine gut ausgebildete Bevölkerung, offene demokratische Gesellschaften, marktwirtschaftliche Ordnungsstrukturen sowie historische Verwurzelungen des Banken- und Handelswesens führten zu den notwendigen Umstrukturierungen der Ökonomien, die sich auf neue Rahmenbedingungen einstellen mussten. In Russland hingegen dürfte es auch in Zukunft keine Umstellung auf einen neuen dominanten Sektor geben, da es an inklusiven wirtschaftlichen und politischen Institutionen fehlt, die einen solchen Wandel hervorrufen könnten. Die Eigentumsstrukturen der herrschenden Elite sind oligopolistisch auf den Rohstoffsektor aufgeteilt, was die klare Ausrichtung des russischen Geschäftsmodells auf den Rohstoffexport in den letzten Jahrzehnten erklärt. Institutionell spricht heute mehr denn je alles gegen eine Modernisierung der russischen Volkswirtschaft im Strukturwandel. Die Entwicklungen der Anteile der Industrie an der Bruttowertschöpfung bestätigen dies. Während der weltwirtschaftlichen Boomphase der 2000er Jahre, die mit hohen Weltmarktpreisen für Erdöl einherging, wuchs die gesamte Volkswirtschaft, wobei auf die schon dominante Montanindustrie die höchsten Zuwächse mit 29 Prozent fielen.

Es ist hierbei angebracht auf eine Besonderheit der russischen Statistik hinzuweisen. In der offiziellen russischen volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung entfällt auf den Posten Bergbau und Gewinnung von Rohstoffen (Добыча полезных ископаемых) lediglich ein Anteil an der Bruttowertschöpfung von 6,6 Prozent im Jahre 2003 und von 12,7 Prozent im Jahre 2021. Die Herstellung von Koks und Mineralölerzeugnissen (Производство кокса; производство нефтепродуктов) – also die unmittelbare Verarbeitung der Rohstoffe – fällt allerdings unter den Posten des Verarbeiteten Gewerbes. Da diese Produktion aber maßgeblich mit dem Rohstoffsektor zusammenhängt und die verarbeiteten Produkte untrennbar mit den Vorprodukten sind, sollten diese Posten zur „Montanindustrie“ aggregiert werden, um die Unternehmen mit vertikaler Integration in diesem Bereich zu erfassen, wie es auch von Solanko et al. bereits durchgeführt wurde (Solanko et al., 2014). So wird die Dominanz des Rohstoffsektor nochmals verdeutlicht. Der Anteil der Montanindustrie stieg dementsprechend von 9 Prozent im Jahre 2003 auf 15 Prozent im Jahre 2021 (Abbildung 3-4).

Abbildung 3-4: Dynamik des Strukturwandels der russischen Volkswirtschaft

Wachstumsbeiträge zur Bruttowertschöpfung im zeitlichen Verlauf



Quelle: Rosstat

* zur Montanindustrie wurden Bergbau, Herstellung von Koks sowie Mineralölerzeugnisse zusammengerechnet

Erschwerend kommt für Russland seit der völkerrechtswidrigen Annexion der Krim im Jahr 2014 die Wirkung der Wirtschaftssanktionen hinzu. Die für einen forcierten Strukturwandel benötigten Technologieprodukte auf Weltniveau sind nur schwer zu erhalten, das Engagement ausländischer Unternehmen hat sich deutlich reduziert – allein die Anzahl der deutschen Unternehmen mit investiven Engagement in Russland hat sich seit 2010 bis zum russischen Angriffskrieg auf die Ukraine halbiert (Yale School of Management, 2022). So ist der Abstand der heimischen Industrie zum Weltstandard vielfach größer geworden. Die Sanktionen, die nach dem Beginn der russischen Annexion vom transatlantischen Westen verhängt wurden, werden nachhaltiger wirken als alle bisherigen Maßnahmen. Die Importbeschränkungen bei Technologieprodukten und die Isolierung des Finanzsystems dürften dabei am wichtigsten sein. Die Energieexporte Russlands haben sich voluminmäßig deutlich reduziert, haben wertmäßig aufgrund starker Preissteigerungen aber zugelegt, so dass die Handelsüberschüsse angestiegen sind und der Rubel überbewertet ist. Die russische Regierung sieht sich angesichts der überraschend schlecht verlaufenden militärischen Operationen und der zunehmenden

Belastung der heimischen Bevölkerung durch hohe Inflation genötigt, genau jene Maßnahmen zu verstärken, die der Holländischen Krankheit weiter Vorschub leisten: Förderung des militär-industriellen Komplexes sowie die soziale Abfederung der Teuerungseffekte für die Privaten.

4 Theorie der Sanktionen und Wirkung des Sanktionsregimes gegen Russland

Sanktionen stellen seit jeher Maßnahmen dar, um den verfeindeten Staat neben oder abseits der militärischen Konfrontation ökonomisch zu schaden. Seit Ende des Ersten Weltkrieges sind wirtschaftliche Sanktionen zur Bestrafung von Aggressoren in Friedenszeiten Teil des Völkerrechts (Asschenfeldt/Trecker, 2021). Anders als das militärische Eingreifen stellen Sanktionen kein Verstoß gegen die territoriale Unversehrtheit von Staaten dar und können daher aus rechtlicher Sicht als legitime Gegenmaßnahmen gegen ein unrechtmäßiges staatliches Handeln gesehen werden. Wie der Internationale Gerichtshof 1986 im Zuge der Sanktionen gegen die Nicaragua-Diktatur feststellte, verletzen selbst umfassende Handelsbeschränkungen nicht das Interventionsverbot von Staaten und sind daher völkerrechtlich legitime Mittel, um Staaten bei völkerrechtswidrigen Verhalten zu schaden und den sanktionierten Staat zur Unterlassung seiner Handlungen zu bringen (Neubert, 2021).

Kriterien für die Wirksamkeit von Sanktionen

Die Wirtschaftsgeschichte zeigt, dass Sanktionen praktisch nie das erreichen können, wozu sie ursprünglich erlassen wurden, aber je nach Umfang und Dauer erhebliche sekundäre politische und ökonomische Konsequenzen für den sanktionierten und den sanktionierenden Staat haben. So sollte die napoleonische Kontinentalsperre gegen das Vereinigte Königreich von 1806 bis 1813 die Vormachtstellung der Briten im Handel und in den Kolonien brechen sowie Napoleons Herrschaftsanspruch auf den Inselstaat unterstützen. Das Embargo britischer Waren durch Frankreich und seine verbündeten Staaten schadete zwar kurzfristig den Briten, die insbesondere von Getreideimporten vom Kontinent abhingen, hatte aber nicht den erhofften Effekt, den Feind wirtschaftlich zu ruinieren. Ganz im Gegenteil, Frankreich als sanktionierender Staat bekam die negativen Folgen des Embargos von britischen Kolonialwaren sowie die Gegenmaßnahmen durch Großbritannien zu spüren, in dem der Bezug wichtiger Güter eingeschränkt war und die Preise für Rohstoffe stark anstiegen.

Auch die totale Seeblockade Deutschlands durch die Engländer im Ersten Weltkrieg führte zwar zu Hunger und Leid bei der deutschen Zivilbevölkerung, konnte aber wenig zur Niederlage des Kaiserreiches beitragen,

das vielmehr alternative Bezugsquellen für Rohstoffe fand und eine erfolgreiche Importsubstituierung betrieb (Haber-Bosch-Verfahren). Die Niederlage musste Deutschland vielmehr auf dem militärischen Schlachtfeld hinnehmen. Auch aus den Erfahrungen der Embargos gegen die UdSSR im Kalten Krieg lässt sich ableiten, dass die punktgenaue Wirkung von Sanktionen selten eintritt, deren längerfristige Bedeutung aber komplex und nicht absehbar ist (Plumpe, 2022). Die Erfahrungen mit Sanktionen hat zu Lerneffekten geführt, welche Bedingungen zum Erfolg von Sanktionen beitragen können. Grundsätzlich muss dabei zwischen kurz- und langfristigen Wirkungen unterschieden werden. Die Sanktionen gegen den Iran ab dem Jahr 2006 haben gezeigt, dass ein Ölembargo wirkungsvoll wurde, als ausbleibende Einnahmen aus dem Erdölexport die Stabilität des Regimes ernsthaft bedrohten und das Regime kurzfristig Zugeständnisse bei seinem Atomprogramm machte. Allerdings führten die westlichen Sanktionen auch dazu, dass der Iran sich mit den Beschränkungen weitestgehend arrangierte und alternative Geschäfts- und Absatzmodelle fand (Van Bergeijk, 2022). Als die USA im Jahr 2018 aus dem Atomdeal wieder ausstiegen, konnte das Regime die Wirkung der Sanktionen besser abfedern.

Zudem hängt der Erfolg von Sanktionen davon ab, ob ein sanktioniertes Land demokratisch oder autokratisch verfasst, und seine politische Machtarchitektur personalistisch oder pluralistisch aufgestellt ist. Es hat sich gezeigt, dass Sanktionen in Demokratien besser wirken als in Autokratien und in personalistischen Regimen weniger schlagkräftig sind als in pluralistischen Regimen, da autokratische und personalistische Regierungen eher in der Lage sind, die Schäden aus Sanktionen gegen Eliten zielgenauer zu kompensieren (Deutsche Stiftung Friedensforschung, 2022, Peksen, 2021). Das gilt insbesondere für individuelle Sanktionen gegen Schlüsselakteure, die für den Machterhalt der regierenden Elite in autokratischen Systemen sorgen. Wie die Erfahrungen aus dem Ersten und Zweiten Weltkrieg gezeigt haben, waren es die Eliten und deutsche Unternehmer, die sanktioniert wurden und sich folglich noch enger an die Reichsleitung banden. Denn ihre Befürchtung war, nach einer Kriegsniederlage nicht nur wirtschaftlich zugrunde zu gehen, sondern auch aufgrund der Kollaboration mit dem Regime von den Kriegsgegnern später zur Rechenschaft gezogen zu werden. Ähnliche Mechanismen kann man für gegenwärtige Fälle in Nordkorea, Kuba und Venezuela beobachten, wo es hochsanktionierten personalistischen Autokratien gelingt, eine kleine Machtelite ausreichend zu alimentieren, um den Fortbestand des Regimes zu sichern.

Eine klar aufgezeichnete Exit-Strategie der Sanktionen mit realistischen und moderaten Zugeständnissen, die vom sanktionierten Staat als Gegenleistung verlangt werden, bilden einen weiteren wichtigen Bestandteil für den Erfolg von Sanktionen. Je breiter ein Sanktionsregime aufgestellt ist und je klarer das Ziel der Sanktionen ist, desto eher wirken sie (z.B. Iran, 2006-2018). Sanktionen sind nach dem westlichen Verständnis ein Bestandteil der wertegeliteten Außenpolitik, deren Wirkung aber nie voraussetzungslos sein sollte. Wichtig ist

die Klärung der Bedingungen zur Wiederherstellung der regelbasierten Ordnung, indem Ziele klar kommuniziert werden und ein Weg aus den Sanktionen aufgezeigt wird.

Die Fähigkeit eines Landes, auf Sanktionen zu reagieren, muss von den sanktionierenden Parteien mit einkalkuliert werden. Sanktionen sind ein Instrument, das auf Asymmetrie zwischen Sanktionierenden und Sanktioniertem angewiesen ist, um Substitutionsmöglichkeiten zu verhindern (Deutsche Stiftung Friedensforschung, 2022). Denn Sanktionen gegen Großmächte sind wirkungsloser als gegen kleinere Staaten, weil Großmächte bessere Ausweich- und Retorsionsmöglichkeiten haben sowie zudem eine stärkere interne Bindungskraft als kulturell-normatives Projekt entfalten und eine diskursive Deutungshoheit im eigenen Land aufrechterhalten können (Peksen, 2021). Zudem muss sichergestellt werden, dass die humanitären Folgen der Sanktionen begrenzt sind. Sanktionen gegen den Irak (1990-91) und Jugoslawien (1993-99) führten zu hohen zivilen Kosten und Tragödien. Eine hungernde und verarmte Bevölkerung trägt nicht unbedingt zum Sturz des Regimes bei, sondern kann durch das Regime instrumentalisiert werden, um die leidende Bevölkerung gegen das Ausland zu mobilisieren, sodass Konsumeinschränkungen in Kauf genommen werden. Effektive Propaganda ist in der Lage, ein Land zu einer Anti Westen-Allianz zu einen und die Lage weiter zu eskalieren, wie es Russland bereits 2014 nach der Krim-Annexion gelang (Van Bergeijk, 2022; Astrov et al., 2022).

Ein weiterer wichtiger Faktor ist die Fähigkeit von Sanktionen, Multiplikatoreffekte auszulösen. Die Geschichte von Wirtschaftssanktionen hat gezeigt, dass der private Sektor eine Rolle spielen kann, insbesondere dann, wenn für die wirtschaftliche Entwicklung ausländische Direktinvestitionen erforderlich sind. Nachdem westliche Regierungen (USA, EG, Japan) im Jahre 1985 gegen das Apartheid-Regime in Südafrika Wirtschaftssanktionen verhängt hatten, zogen sich daraufhin massenweise Bankhäuser und multinationale Unternehmen aus dem Land zurück, da sie die politischen Risiken von Kreditvergaben und Investitionen als zu hoch bewerteten, was zu einem gewaltigen Divestment führte und das Land in eine Schuldenkrise stürzte (Van Bergeijk, 2022). Dies war ein wichtiger Grund für das Ende der Apartheid in Südafrika.

Tabelle 4-1: Erfolgsbedingungen von Sanktionsregimen

	Variable	Effektiv	Weniger effektiv	Case: Russland 2022
1	Regimetyp	Demokratien	Autokratien	Autokratie
2	Machtverhältnisse	Personalistisch, starke Patronage	Pluralistisch	Personalistisch, kleine Machtelite
3	Internationale Kooperation	Multilaterale Sanktionen, Einbindung von IOs	Unilaterale Sanktionen	Mischform, westliche Allianz
4	Politische Beziehungen	Verbündete	Rivalen	Rivalen

5	Wirtschaftliche Verflechtung	Eng und bestehende Abhängigkeiten	Gering, diversifizierte Verflechtungen	Eng mit bestehenden Abhängigkeiten
6	Zielsetzung	Moderate Zugeständnisse	Umfangreiche Zugeständnisse	Umfangreiche Zugeständnisse / unklar
7	Wirtschaftliche Kosten im Zielland	Hoch	Gering	Langfristig: Hoch

Quellen: nach: Peksen (2021), Deutsche Stiftung Friedensforschung (2022), S. 117, Institut der deutschen Wirtschaft

Grün hinterlegt, falls effektiv; rot hinterlegt, falls nicht effektiv; gelb hinterlegt, falls unklar

Aus den historischen Erfahrungen folgt, dass der Erfolg von Sanktionsregimen von mehreren Bedingungen abhängt, die vor allem den institutionellen Rahmen betreffen. Ist dieser nicht gegeben, wird es schwer, ein Land mit effektiven Sanktionen zu belegen. Angelehnt an die Klassifikation von Peksen (2021), hängt es erstens davon ab, welcher Regimetyp beim sanktionierten Land vorliegt; zweitens, welche Machtverhältnisse im Land bestehen; drittens, wie viele Länder die Sanktionen mittragen; viertens, ob freundschaftliche oder rivalisierende Beziehungen zwischen den Ländern bestehen; fünftens, wie eng die wirtschaftliche Verflechtung ist; sechstens, ob das Sanktionsregime mit klaren Zielen verbunden ist und siebtens, wie hoch die wirtschaftlichen Kosten ausfallen (Tabelle 4-1). Für das Sanktionsregime gegen Russland sind nur drei von sieben Erfolgskategorien erfüllt – bei den Variablen „Machtverhältnisse“, „wirtschaftliche Verflechtung“ und – eingeschränkt – „wirtschaftliche Kosten im Zielland“:

- **Machtverhältnisse:** Das Regime ist weitestgehend auf die Person Putin und den inneren Machtzirkel aus Geheimdienstlern – den bereits erwähnten *siloviki* – ausgerichtet. Tendenziell sind Sanktionen in personalistischen Regimen effektiver, da zielgenau individuelle Sanktionen verhängt werden können. Im Falle Russlands besteht allerdings die Einschränkung, dass große Teile der sanktionierten Personen, die Oligarchen, kaum politischen Einfluss haben und die *siloviki* selbst nur begrenzte Vermögen im Westen besitzen und deshalb nur bedingt von Sanktionen getroffen werden. Diese Gruppe wird Putin erst dann nicht mehr unterstützen, wenn weitere erhebliche Rückschläge im Krieg zu einem Umschwung in der gesellschaftlichen Stimmung führen und die Machtbasis erodiert.
- **Wirtschaftliche Verflechtung:** Die Abhängigkeit Russlands vom Westen ist sowohl beim Export von Rohstoffen als auch beim Import von High-Tech Produkten hoch, allerdings bestehen einige Importsubstitutionen und Ausweichmöglichkeiten. Zudem werden Wohlstandsverluste in Kauf genommen. Die größte Schwachstelle des Sanktionsregimes betrifft seine Lückenhaftigkeit, da wichtige Handelspartner Russlands, etwa China und Indien, sich nicht an den Sanktionen beteiligen und bis auf die WTO keine

internationalen Organisationen mit eingebunden werden können. Sanktionen werden über Drittstaaten – die Türkei und Kasachstan – teilweise umgangen.

- **Wirtschaftliche Kosten im Zielland:** Das umfassende westliche Sanktionsregime (siehe Tabelle 4-2) trifft Russland hart, jedoch vor allem in der langen Frist. Kurzfristig konnte Russland seine Rohstoffimporte teilweise umleiten, jedoch konnte es sein Rohöl der Sorte Ural nur mit massiven Preisnachlässen in Asien absetzen (BOFIT, 2022). Durch gestiegene Energiepreise bei Gas konnte Russland allerdings insgesamt hohe Einnahmen mit den Ausfuhren fossiler Energieträger erzielen. Russland konnte aufgrund des Handelsüberschusses große Devisenreserven anhäufen, sodass es kurzfristig nicht in Zahlungsschwierigkeiten kommt. Langfristig ist die Loslösung des wichtigen Marktes Europa von Russland unausweichlich und Rentengewinne aus Öl und Gas werden aufgrund von weltweiten Anstrengungen der Dekarbonisierung langfristig zurückgehen.

Tabelle 4-2: Überblick über die von der EU verhängten Sanktionen

Gemäß Verordnung (EU) 833/2014

Art der Sanktion	Gegenstand
Personenbezogene Sanktionen	Gegenüber Oligarchen, Familienmitgliedern, 1212 natürliche Personen 108 Entitäten und juristische Personen
Wirtschaftssanktionen	
Ausfuhrverbote	<ul style="list-style-type: none"> • Dual-Use-Güter und Zukunftstechnologien • Raffinerieausrüstung, Flüssiggastechnik • Luftfahrtausrüstung • Elektronikzeugnisse, Software, Quantencomputer • Maschinen • Güter und Technologien der Seeschifffahrt • Luxusgüter
Einfuhrverbote	<ul style="list-style-type: none"> • Eisen- und Stahlerzeugnisse • russische Kohle (wind-down-period) • russisches Erdöl und Mineralölprodukte auf dem Seeweg • Spirituosen, Meeresfrüchte • Zement • Düngemittel • Reifen • Holz • Glas • Gold
Andere	<ul style="list-style-type: none"> • Ausschluss von öffentlichen Ausschreibungen • Schließung des europäischen Luftraumes • Schließung europäischer Häfen und Schleusen • Tätigkeitsverbot gegen russische und belarussische

	Kraftverkehrsunternehmen auf dem Gebiet der Union
Finanzsanktionen	<ul style="list-style-type: none"> • Aussetzung von Exportkreditfinanzierungen für Russland und Belarus • Sanktionierung der russischen Zentralbank • Verbote im Handel mit Wertpapieren und Geldmarktprodukten • Investitionsverbote für Teile des russischen Energiesektors • Ratingverbot • Institutionen mit staatlicher Mehrheitsbeteiligung und designierten Individuen ist jeglicher Handel in Bonds, Aktienkapital, Wertpapieren, Geldmarktprodukten, Anleihen, Krediten untersagt • Institutionen mit staatlicher Mehrheitsbeteiligung und sanktionierten Personen ist jeglicher Handel in Bonds, Aktienkapital, Wertpapieren, Geldmarktprodukten, Anleihen, Krediten untersagt • Individuelle Vermögen sind eingefroren • Verkauf, Transfer, Tausch von Euro-Banknoten und nicht-Euro-Banknoten aus Mitgliedsstaaten der Europäischen Union ist untersagt • SWIFT-Abkopplung von zehn Banken und vollständiges Transaktionsverbot gegen folgende Institute: VTB-Bank, Otkritie, Novikombank, Sovcombank (ca. 23 Prozent Marktanteil) • Verbot jeglicher finanzieller Unterstützung von öffentlichen Unternehmen in Russland (50%+ Inhaberschaft oder Kontrolle) Dienstleistungsverbot: Rechnungslegung, Wirtschafts-, Bilanz- und Rechnungsprüfung, Buchhaltungs- oder Steuerberatungsdienstleistungen, PR-Dienstleistungen für die russische Regierung oder juristische Personen in Russland niedergelassen

Quellen: Europäische Kommission, BDI

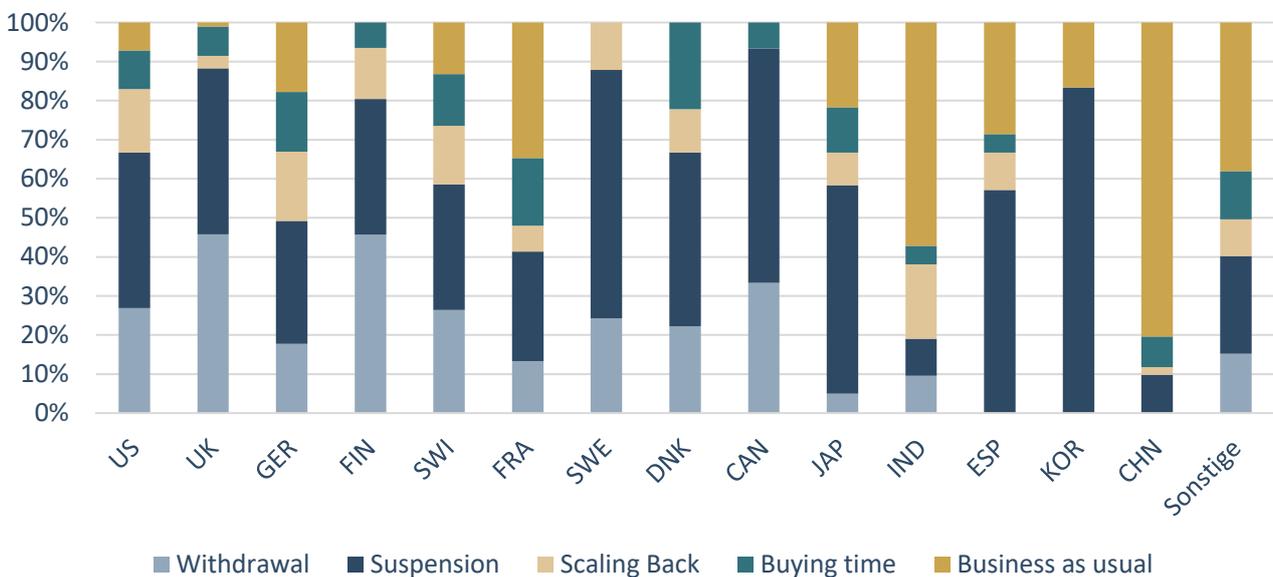
Die Wirkung der westlichen Sanktionen gegen Russland kann noch nicht abschließend beurteilt werden, denn nicht nur das Ziel der westlichen Allianz ist unklar, auch der zeitliche Abstand der Beobachtung spielt eine Rolle (Van Bergeijk, 2022). Aus der jetzigen Perspektive wirken die Sanktionen gegen Russland noch wenig effektiv, denn sie scheinen Russland nicht dazu zu bewegen, seine militärischen Handlungen zu unterlassen oder zurückzufahren. Weder ist die russische Wirtschaft – anders als von einigen Kommentatoren prognostiziert – zusammengebrochen, noch hat sich eine nennenswerte Opposition in Russland gebildet. Allerdings werden die Sanktionen, je länger der Krieg dauert, erhebliche Langzeitfolgen haben und das geopolitische sowie geökonomische Gefüge in Europa grundsätzlich verändern.

Langfristig wird Russland große wirtschaftliche Schäden hinnehmen müssen, wie auch die Szenarien aus kremlnahen Institutionen zeigen. So sollen die staatlichen Mindereinnahmen aus fehlenden Erdölgeschäften mit Europa ab dem Jahr 2027 jährlich 6,6 Milliarden Dollar betragen. Rückgänge in den Produktionsvolumina der Rohstoffindustrien werden aufgrund wegfallender Märkte nicht mehr ausgeschlossen, wie es aus intern geleakten Strategiepapieren heißt (FAZ, 20.09.2022). Das Technologieembargo zeigt bereits seine Wirkung, obwohl es dem Regime noch gelingt, über Schmuggel und Drittstaaten dem teilweise zu entgehen. Und auch die im Jahre 2014 beschlossenen Sanktionen von der EU gegen Russland brachten die russische

Volkswirtschaft bereits in Schwierigkeiten (Kolev, 2016). Es wäre falsch zu argumentieren, dass Russland die Wirkung von Sanktionen nicht spüren würde. Sanktionen wirken signifikant und treffen das russische Geschäftsmodell massiv, da Russland – anders als die ehemalige Sowjetunion – viel stärker in globale Wertschöpfungsketten integriert ist (Sonnenfeld et al., 2022b). Die Frage ist vielmehr, wie sich Russland vor dem Hintergrund der bestehenden Sanktionen entwickeln wird.

Abbildung 4-1: Divestment-Strategien von Unternehmen in Russland nach Herkunft

Anteile der Strategien in Prozent, seit 02/2022



Quellen: Yale School of Management, 2022; Institut der deutschen Wirtschaft

Verhalten ausländischer Unternehmen

Dazu lohnt ein Blick auf das Verhalten der ausländischen Unternehmen, die in Russland aktiv sind. Denn im Zuge der staatlich verhängten internationalen Sanktionen reagierten zahlreiche multinationale, vor allem westliche Unternehmen auf den Überfall Russlands auf die Ukraine. Sie fuhren ihr Russlandgeschäft zurück, reduzierten Investitionen oder de-investierten, stießen Anteile an russischen Firmen ab oder beliefern den russischen Markt nicht mehr mit ihren Produkten. Eine Vielzahl dieser unterschiedlichen Entscheidungen der Unternehmen fand dabei im Schatten, aber abseits des Sanktionsregimes auf freiwilliger Basis, statt. Bis Anfang September 2022 verließen 314 multinationale Unternehmen den russischen Markt endgültig, verkauften ihre Anteile oder stießen Investments ab (Yale School of Management, 2022). Eine der frühesten und öffentlichkeitswirksamsten Aktionen war die Entscheidung der britischen BP am 27. Februar 2022, ihre gesamten Anteile am russischen Ölkonzern Rosneft abzustoßen. Branchenübergreifend zog sich ein Großteil der ausländischen Unternehmen aus Russland zurück oder reduzierten ihre Geschäfte in Russland, sowohl

im Konsumgüterbereich als auch in der Industrie, der Informationstechnologie oder der Finanzbranche (Abbildung 4-1).

Die Divestment Strategien fielen dabei sehr unterschiedlich aus. Sonnenfeld et al. (2022b) kategorisieren die Divestments multinationaler Unternehmen in fünf Kategorien: withdrawal, suspension, scaling back, buying time, business as usual. Die drei erstgenannten Kategorien können als eindeutige Divestment-Maßnahmen bezeichnet werden, denn es finden klare Brüche mit dem Russlandgeschäft statt und Kapital wird abgezogen.

Die OECD spricht dabei von einem „strukturellen Divestment“ (OECD, 2022). Rechnet man diese Kategorien zusammen, ziehen sich große Teile der multinationalen Unternehmen aus verschiedensten Branchen aus Russland zurück. Allen voran Unternehmen aus der Informationstechnologie (87 vH), der Kommunikationsdienstleistung (80 vH), der Konsumgüterindustrie (73 vH) und Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes (70 vH). Der Anteil der Unternehmen, die entweder im Markt verbleiben oder „auf Zeit spielen“ und noch keine Entscheidungen getroffen haben, liegt besonders hoch im Gesundheitssektor (67 vH), der weitestgehend von europäischen Sanktionen ausgenommen ist, sowie im Energiesektor (46 vH), in dem ein größerer Anteil an nichtwestlichen Unternehmen integriert ist.

Wenn man die Herkunft der Unternehmen näher betrachtet, fällt auf, dass Divestments vor allem von Unternehmen aus Ländern vollzogen werden, die Russland mit internationalen Sanktionen belegt haben. Der Anteil der Unternehmen mit „harten Brüchen“ gegenüber Russland – die unter „withdrawal“ oder „suspension“ fallen – ist besonders hoch in Großbritannien, Kanada, Schweden, Finnland und Südkorea (über 80 vH der in Russland aktiven Unternehmen sind aus diesen Ländern). Eine eher ambivalente Haltung haben Unternehmen aus Deutschland und Frankreich, die vergleichsweise wenig „harte Brüche“ mit ihrem Russlandgeschäft tätigen (49 vH bzw. 41 vH), obwohl diese Länder die harten EU-Sanktionen mittragen. Der höhere Anteil der Unternehmen mit „business as usual“ aus diesen beiden Ländern ist auch mit den wichtigen, von den Sanktionspaketen ausgenommenen Pharmaunternehmen zu begründen. Außerdem müssen Unternehmen häufig rechtliche Fragen klären, ob ein Rückzug möglicherweise einen Vertragsbruch gegenüber der russischen Seite darstellt und zu weiterführenden Klagen führt.

Unternehmen aus großen nichtwestlichen Ländern wie Indien und China pflegen zum Großteil ihre bisherigen Geschäftsbeziehungen zu Russland aktiv weiter. Der Anteil der Unternehmen mit „business as usual“-Strategien ist bei indischen und chinesischen Unternehmen deutlich höher als in allen anderen Ländern (57 vH bzw. 80 vH). Trotzdem zeigen diese Zahlen, dass auch ein nicht zu verachtender Anteil von Unternehmen aus China und Indien sich aus Russland zurückziehen. Der Rückzug zahlreicher Konsumgütermarken und einiger anderer

Unternehmen ist maßgeblich auf öffentlichkeitswirksame Kampagnen zurückzuführen (Lowery et al., 2022). Trotzdem muss das Divestment der Unternehmen nicht unbedingt als direkte Antwort auf Sanktionen gesehen oder als reine Solidaritätsbekundungen interpretiert werden, sondern ist zum Teil der sehr volatilen makroökonomischen Lage mit unsicherer Zukunft in Russland geschuldet, genauso wie unklare politische Risiken bezüglich eines langen und intensiven Krieges. Staatliche Verstöße gegen Grundsätze der Eigentumsrechte und des Patentschutzes – Russland „erlaubte“ den Raub geistigen Eigentums westlicher Firmen durch russische Unternehmen durch Aussetzung des Patentschutzes (The Economist, 2022a) – wirken zusätzlich abschreckend auf internationale Investitionen.

Für die ausländischen Unternehmen, die sich aus Russland zurückzogen, könnten sich Divestment-Entscheidungen sogar als gewinnbringend auswirken. Die Studie von Sonnenfeld et al. (2022b) zeigt, dass sich der Rückzug westlicher Unternehmen aus Russland positiv auf die Entwicklung des Unternehmenswertes an den Aktienmärkten auswirkt, auch wenn die Divestments über gesetzliche Vorgaben aus Sanktionen hinausgehen (Sonnenfeld et al. 2022a). Besonders hoch war dieser „Payoff“ bei Energieunternehmen, Utilities und Finanzdienstleistungen. Der Grund dafür liegt in der Risikobewertung des russischen Marktes durch westliche Anleger. Denn die Tatsache, dass zahlreiche Unternehmen ihr Russlandgeschäft eingestellt haben und die schlechten Aussichten für eine rasche Normalisierung der politischen Beziehungen bildet für Unternehmen, die in Russland bleiben, ein veritables Risiko. Die Kosten für ein „business as usual“ werden daher höher eingeschätzt als die Divestment-Kosten. Allerdings zeigt die obige Abbildung 4-1 auch, dass eine ganze Reihe von Unternehmen die Türe zum Russlandgeschäft weiterhin offenhält. Der Anteil der Unternehmen, deren Divestment Strategien zwischen „scaling back“ und „business as usual“ liegt, liegt bei 45 Prozent. Besonders hoch ist dieser Anteil bei deutschen Unternehmen, die zu 51 Prozent nur vorübergehende oder gar keine Divestments tätigen.

Die Auswirkungen von Krieg und Sanktionen auf Russland

Alles in allem sind die Effekte von Krieg und Sanktionen auf folgende Weise interpretierbar: Die Sanktionen treffen das Verarbeitende Gewerbe in Russland insgesamt schwer (Astrov et al., 2022). Wie Ökonomen an der Kyiv School of Economics berechnet haben, werden branchenübergreifend Vorprodukte im kritischen Maße aus dem Ausland importiert (50 bis 60 Prozent), insbesondere ist Russland abhängig vom Import von High-Tech Waren (u.a. Maschinenteile, IT-Teile) (Shapoval/Nell, 2022).

Die Projektion makroökonomischer Indikatoren zeigt, dass Russland nach mit hoher Unsicherheit behafteten Prognosen insgesamt einen Rückgang seiner Wirtschaftsleistung von 5,1 Prozent im Jahr 2022 und 2,9 Prozent im Jahr 2023 erleiden dürfte (Abbildung 4-2). Damit fiel die Schrumpfung der Wirtschaft geringer aus

als in der Finanzkrise 2008 (-7,8) und wäre deutlich schwächer als in den postsowjetischen Umbruchjahren 1992-1994, als zweistellige BIP-Rückgänge zu verzeichnen waren. Die Verbraucherpreise würden im Jahr 2022 um schätzungsweise 13 Prozent und 2023 um 6 Prozent steigen und befänden sich damit nahe am Durchschnitt der osteuropäischen Länder (13,2 Prozent in 2022/ 8,2 Prozent im Jahr 2023, ohne die Türkei und Ukraine, Consensus Eastern Europe). Dabei weichen die russischen Angaben der *Bank of Russia* nicht signifikant von Schätzungen westlicher Organisationen ab, sondern liegen innerhalb der Standardabweichung von *Consensus Forecast*. Zentral für die kurzfristige Stabilisierung der russischen Ökonomie nach Ausbruch des Krieges war die Geldpolitik. Durch das entschiedene Agieren der Zentralbankchefin Nabiullina konnte die Inflation auf einem mittleren Niveau stabilisiert werden, allerdings erfordert die notwendige Importsubstituierung massive Anlageinvestitionen, die nur über niedrigere Zinsen induziert werden können, was die starken Zinsschnitte im Laufe des Jahres 2022 erklärt. Der moderate Rückgang des BIP ist auf die starken Energieexporte Russlands zurückzuführen, denn der Konsum und die Investitionen sind stark rückläufig und auch die Industrieproduktion geht zurück. Der hohe Gaspreis gleicht den Mengenrückgang im Export noch aus, allerdings wird auf absehbare Zeit ein Energieembargo jegliche Einnahmen herunterdrücken. Bei den Zahlen zur Arbeitslosigkeit gehen die Angaben zwischen Consensus und der *Bank of Russia* deutlicher auseinander. Laut der Weltbank würde die Arbeitslosenquote im Jahr 2022 bei 9,3 Prozent liegen und befände sich damit auf einem deutlich höheren Niveau als der Durchschnitt der letzten 20 Jahre (6,3 Prozent, Weltbank). Ähnlich hohe Arbeitslosenquoten gab es in Russland zwischen 1995 und 2001, als sich das Land in einer schweren Strukturkrise befand. Dies erklärt, warum die Zahlen zur Arbeitslosigkeit womöglich stärker politisiert sind und die Schätzungen der Zentralbank deutlich geringer ausfallen.

Mit anderen Worten: Das Geschäftsmodell der russischen Ökonomie – Rohstoffexporte nach Europa und Import von Hochtechnologie – wird durch Sanktionen und Gegensanktionen massiv geschwächt. Zusätzlich war das Geschäftsmodell auch schon durch die Klimapolitik der EU bedroht, weil die russischen Energierohstoffe durch Dekarbonisierungsanstrengungen einen wichtigen Absatzmarkt verlieren. Parallel dazu finden Divestments und ein veritabler Braindrain statt, das Russland vor gewaltige Herausforderungen stellt, den industriellen Niedergang zu stoppen.

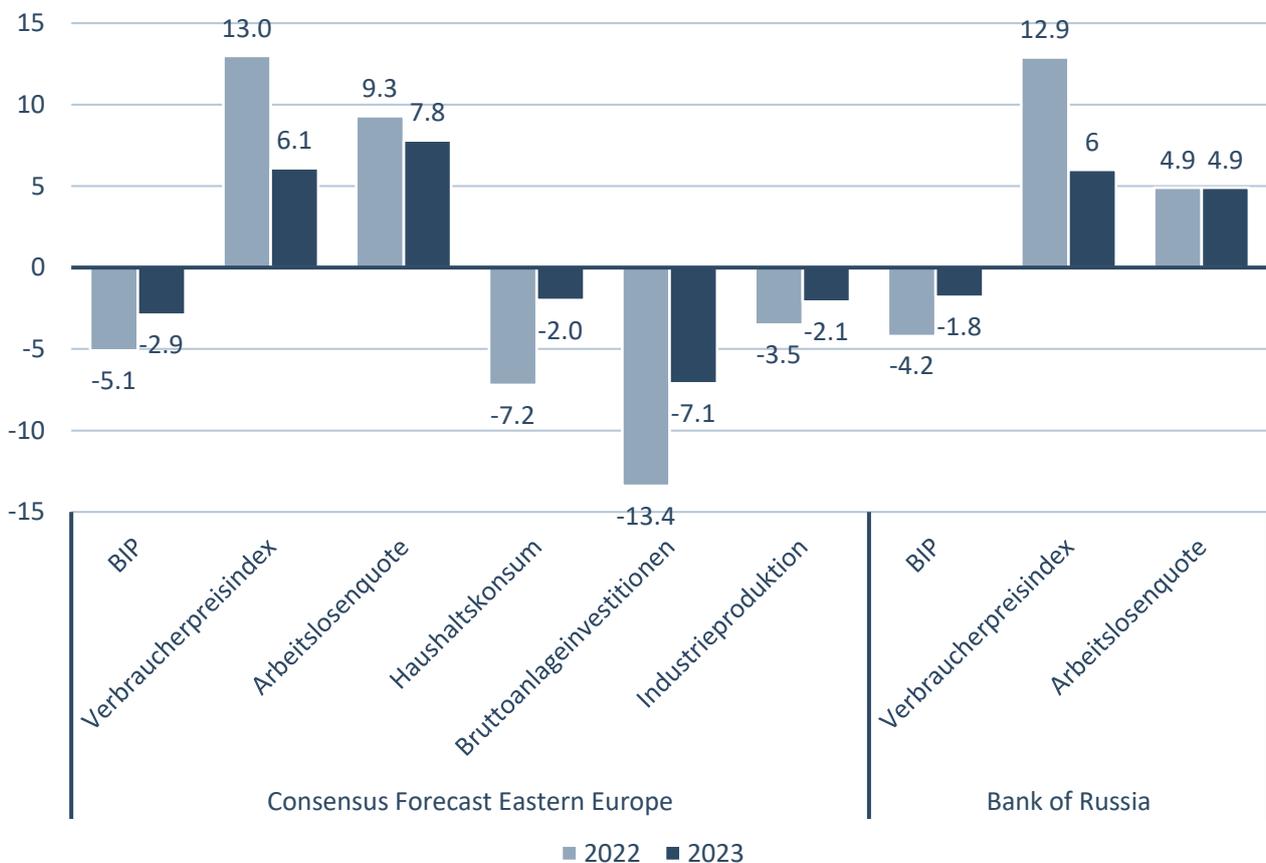
Abseits der Statistiken: Der demografische Exodus und die Qualität der Bildung

Ein schwierig zu kalkulierender Effekt des Krieges und der Sanktionen sind die demografischen Konsequenzen. Der negative makroökonomische Trend, Divestments und sinkende Reallöhne führen zusammen mit der stärker werdenden staatlichen Repression und Einschränkung von Bürgerrechten zu einer signifikanten Auswanderungswelle aus Russland, vor allem in benachbarte Länder mit freien Visaregelungen für Russen wie

die Türkei, Aserbaidshan und Georgien. Russland veröffentlicht keine Migrationsstatistiken, sodass die Anzahl der Auswanderungen lediglich geschätzt werden kann. Insbesondere hochqualifizierte Fachkräfte verlassen nach Medienberichten in größerer Anzahl das Land; Schätzungen rangieren zwischen 200.000 und 300.000 Erwerbstätigen, die allein aus dem IT-Sektor seit Kriegsbeginn das Land verlassen haben sollen (Nell, et al., 2022). Insgesamt sollen über 500.000 Personen das Land seit Februar 2022 Russland verlassen haben, die überwiegende Mehrheit unter ihnen ist gebildet, jung und hochqualifiziert (Sonnenfeld et al., 2022b).

Abbildung 4-2: Projektion makroökonomischer Indikatoren für Russland 2022/23

in vH



Quellen: Consensus Forecast, Bank of Russia

Für Unternehmen in der IT-Branche wird es zunehmend schwer, qualifiziertes Personal zu rekrutieren, zumal 67 Prozent der russischen IT-Unternehmen bereits vor Ausbruch des Krieges einen Mangel an Personal im Bereich Entwicklung zu verzeichnen hatten (Nell et al., 2022). Die russische Regierung versucht, mit Gegenmaßnahmen dem Exodus an qualifizierten Arbeitskräften entgegenzuwirken. Staatlich organisierte Umbildungsprogramme sollen genauso wie zusätzliche monetäre Anreize dem Trend entgegenwirken (Nell et al., 2022). Ob diese Maßnahmen den Trend umkehren können, ist höchst fraglich. Denn bereits in den letzten Jahren ist in Russland ein massiver Braindrain zu verzeichnen gewesen. Im Jahre 2015 waren noch über

577.000 Wissenschaftler im Land vertreten, im Jahre 2021 waren es nur noch knapp 395.000 (UNESCO). Die Bevölkerung altert und schrumpft mit einer Fertilitätsrate von 1,5 Kindern pro Frau, die Lebenserwartung liegt mit 73 Jahren unter dem europäischen Durchschnitt. Lediglich der Anteil an Universitätsabsolventen der Naturwissenschaften, Technik und Ingenieurwesen ist mit über 31 Prozent (2019) recht hoch (Deutschland: 37 Prozent) und könnte ein möglicher wichtiger Faktor in der Bekämpfung des Fachkräftemangels sein.

Kasten 4-1: Die Hochschulreform in Russland, 2003-2022

Nach Überwindung der wirtschaftlichen Umbrüche in der Post-Sowjetzeit sollte das Bildungs- und Wissenschaftssystem in Russland nach den Vorstellungen von Wladimir Putin nach westlichem Vorbild modernisiert werden. Das alte System war mit ihren regional und auf einzelne Fächer **spezialisierten Monouniversitäten** ausgerichtet auf die Bedürfnisse einer zentralen Planwirtschaft. Zudem war die Forschung den Akademien und die Lehre den Universitäten vorbehalten. Diese Trennung sollte aufgehoben werden, um Qualität und Effizienz in Forschung und Lehre zu steigern. Im Sinne eines innovativen, offenen und modernen Russlands sollten alte Strukturen aufgebrochen und der Anschluss an westliche Lehr- und Forschungseinrichtungen gefunden werden.

Im Jahre 2003 wurde daher das europäische **Bologna-System** eingeführt und seit 2008 **ersetzen 9 föderale Universitäten** die Monouniversitäten. Zur Qualitätssicherung wurde die Mittelvergabe für Forschungsgelder auf eine **kompetitive Grundlage** gelegt und eine **Internationalisierungsstrategie** sollte ausländische Spitzenforscher ins Land holen.

Ab 2010 reduzierte sich die Anzahl an Studierenden aufgrund der drastischen Geburtenrückgänge massiv, sodass eine Verschlinkung des Hochschulsystems mit einer stärkeren Kanalisierung der Studierenden angestrebt wurde. An den Universitäten wurden Fächer wie **Informatik, Ingenieurwesen, Luftfahrt und Pädagogik** budgetär priorisiert auf Kosten von Jura, Wirtschafts- und Geisteswissenschaften.

Eine Wende sollte das Jahr 2012 darstellen, als mit einem neuen Bildungsminister die **Politisierung der Hochschulen und Wissenschaft** weiter voranschritt. Die seit 1724 bestehende traditionsreiche und unabhängige **Akademie der Wissenschaften** mit ihren 500 Forschungsinstituten wurde de-facto aufgelöst

Insgesamt erweist sich der Hochschulsektor in Russland aber nicht als Treiber von Veränderungen, wie sie für einen dynamischen volkswirtschaftlichen Strukturwandel erforderlich wären (Kasten 4-1). Das hängt wiederum mit Traditionen zusammen, die weit bis in die Sowjetunion zurückgehen. Denn die Universitäten

waren in erster Linie Lehreinrichtungen, aber keine Forschungsinstitutionen und das Prinzip der Einheit von Forschung und Lehre ist nicht verankert. Putin hat versucht darauf zu reagieren und 2008 eine Art Exzellenzwettbewerb – inspiriert durch den in Deutschland von Bund und Ländern 2006 erstmals initiierten Prozess – ausgelobt, zudem wurden nationale Forschungsuniversitäten gegründet. Die Exzellenzinitiative hatte eine kurzfristig positive Wirkung auf den Forschungsoutput der föderalen Universitäten (Matveeva et al., 2021), aber konnte zu keiner Verbesserung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit oder der Qualität der Lehre beitragen (Lovakov et al., 2021). Eine nachhaltige Wirkung hat dies demnach nicht entfaltet. Insgesamt fehlt Russland ein breit aufgestelltes Bildungs- und Ausbildungssystem, das die relevanten Kompetenzen von der Forschungsnähe bis zur angewandten Praxis abbildet. Der Anteil der gesamten Bildungsausgaben am Bruttoinlandsprodukt liegt mit knapp 5 Prozent deutlich unter dem OECD-Durchschnitt, noch deutlicher ist der Rückstand beim Anteil der Ausgaben für Forschung und Entwicklung, der bei 1,1 Prozent liegt (FuE). Gut zwei Drittel aller FuE-Ausgaben werden vom Staat verantwortet, mehr als doppelt so viel wie in der OECD. Der private Sektor fällt damit als Treiber für Innovationen und Strukturwandel aus.

5 Russlands Entwicklungsperspektive: verfestigt sich der Staatskapitalismus?

Wenn man die wirtschaftshistorische Einordnung (Abschnitt 2), die wirtschaftstheoretische Analyse (Abschnitt 3) und die wirtschaftspolitische Bewertung (Abschnitt 4) zusammenfügt, dann sind die Aussichten für die russische Volkswirtschaft alles andere als rosig. Allerdings galt dies schon vor dem Angriff auf die Ukraine, denn die strukturellen Bedingungen, die institutionellen Schwächen und die demografischen Lasten waren unabhängig vom Krieg evident und zeigten, dass nicht nur die Transformation der Sowjetunion zu Marktwirtschaft und Demokratie misslungen war, sondern ebenso Putins Versuch, auf Basis des *Millennium Manifest* von 1999, einen nachhaltigen Wandel über eine selbsttragende Abkopplung der Volkswirtschaft von ihrer Ressourcenbasierung einzuleiten und zu verstetigen. Alle Indikatoren zeigen, dass Russland strukturell verharrt und institutionell stagniert oder gar regrediert. Das politische System Putin versucht dieses Versagen durch außenpolitische Aggression und innenpolitische Großmachtattitüde zu überdecken.

Vor diesem Hintergrund mag man den Angriff auf die Ukraine als politischen und ökonomischen Selbstmord deuten, denn keines der identifizierten Probleme wird gelöst, alles wird stattdessen auf mittlere und längere Sicht schlimmer. Man kann den Angriff aber auch als Mittel der letzten Wahl deuten, da in Kenntnis der Probleme der volkswirtschaftliche Niedergang ebenso unausweichlich erscheinen muss wie eine dann drohende politische Destabilisierung. Der Krieg als Instrument einer Innenpolitik, die mangels Fortschritt und Erfolg nur noch außenpolitisch gerahmt wird. Die historische Größe Russlands, seine territoriale Ausdeutung,

das operettenhafte Gehabe im Kreml sind die offenbar tragenden Botschaften für eine Gesellschaft, die eigentlich keinen Grund hat, historische Bedeutung – jenseits der Kultur – zu verspüren. Weder das zaristische Regime noch die Sowjetdiktatur bieten dafür Anlass. Gesellschaften leben im Hier und Jetzt sowie in den Hoffnungen und Erwartungen – in beiden Kontexten hat Putin tatsächlich nichts anzubieten.

Wenn diese Deutung der Kriegshandlung sich als realistisch erweist, dann bedeutet dies – in Anlehnung an spieltheoretischen Überlegungen – kein Tit for Tat, sondern eine Art Endgame zwischen Russland und dem Westen. Daraus folgt, dass ökonomische Rationalität ebenso wenig eine Rolle in dem Kalkül Putins spielt wie politische Vernunft. Für die russischen Volkswirtschaft verheißt das nichts Gutes; immer unter eingangs gemachter Arbeitshypothese, dass es einen Regimewechsel (vorerst) nicht gibt. Alle in den verschiedenen thematischen Zugängen identifizierten Faktoren werden wirksam bleiben:

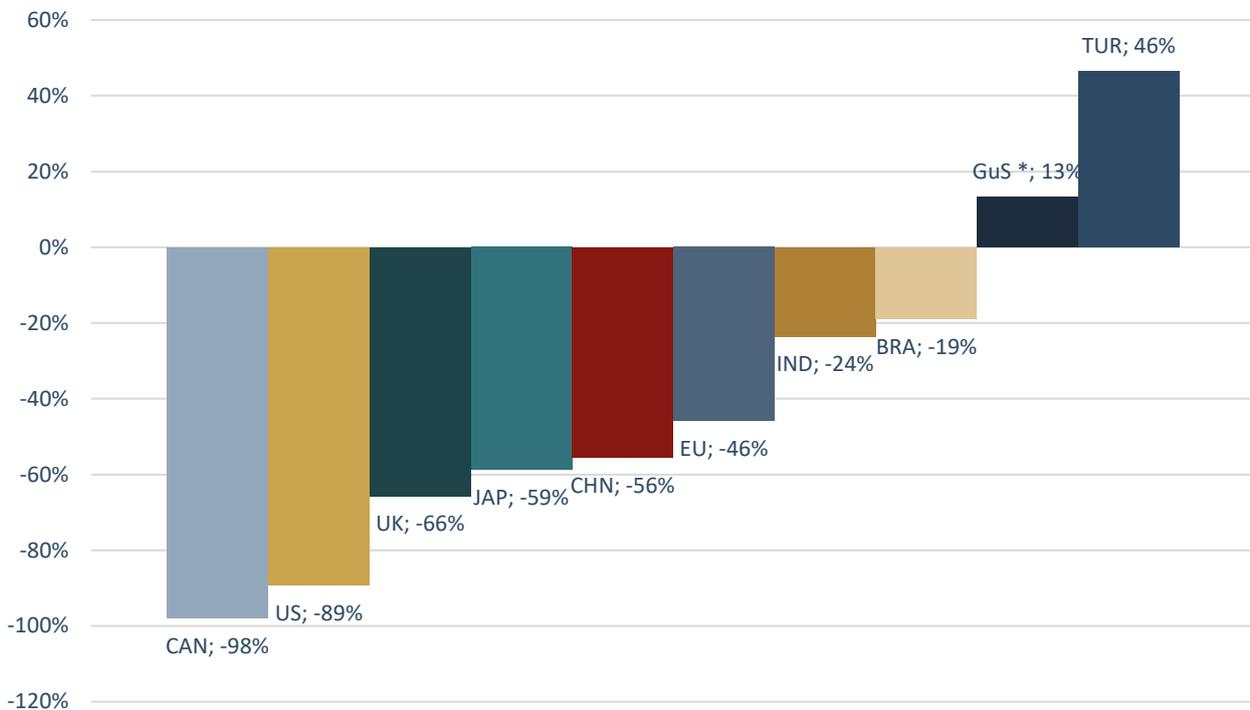
- *Aus wirtschaftshistorischer* Perspektive: Wirtschaftliches Wachstum wurde in Russland durch massive quantitative Mobilisierung von Produktionsfaktoren erzielt, zeitweise unter der Inkaufnahme hoher Humankapitalkosten. Institutionelle Barrieren verhindern eine endogene und diversifizierte industrielle Entwicklung. Der lange Schatten der Sowjetunion liegt noch immer über der russischen Wirtschaftsstruktur und verhindert die Durchsetzung marktwirtschaftlicher Prinzipien und die Herausbildung einer innovativen Unternehmerkultur.
- *Aus wirtschaftstheoretischer* Perspektive: Die herausragende Stellung des dominanten Rohstoffsektors in der russischen Ökonomie ist auf eine pfadabhängige Entwicklung zurückzuführen, die eine Umstellung auf andere Sektoren verhindert. Der Exportboom von Erdöl, Erdgas und Steinkohle verdrängt das Verarbeitende Gewerbe, deren Produkte aufgrund der Aufwertung des Rubels sowohl auf dem Weltmarkt als auch gegenüber Importprodukten nicht konkurrenzfähig sind. Dieses als Holländische Krankheit bekannte Phänomen führt zu Deindustrialisierung und zur Zementierung der herausragenden Stellung des Rohstoffsektors. Zugleich bricht durch die Dekarbonisierung der westlichen Industrien mittelfristig ein wichtiger Absatzmarkt für den russischen Rohstoffsektor weg.
- *Aus wirtschaftspolitischer* Perspektive: Russland ist seit dem Krieg einem beispiellosen gegenseitigen Decoupling vom Westen ausgesetzt, durch Sanktionen und durch den Rückzug westlicher Unternehmen sowie internationalen Kapitals. Damit verliert Russland seinen wichtigsten Export- und einen wichtigen Importmarkt, auf dem das russische Geschäftsmodell bislang basierte. Und es verliert zukunftsfähige Entwicklungsperspektiven, denn die technologische Lücke zum Westen wird weiter anwachsen, da alternative Handelspartner, allen voran China, den Westen sowohl als Import- als auch als Exportmarkt auf absehbare Zeit nicht adäquat ersetzen können. Erste Entwicklungen zeigen, dass alternative Handelspartner keineswegs einfach zu finden sind. Denn die Importe aus China, Indien und Brasilien – keines

dieser Länder hat sich dem Sanktionsregime angeschlossen – lagen im Juni 2022 deutlich unter den Vorkriegswerten (Siehe Abbildung, 5-1, BOF Bulletin, 2022). Treffenderweise zogen die Exporte aus der Türkei nach Russland stark an sowie aus dem Dunstkreis der ehemaligen UdSSR, der Gemeinschaft unabhängiger Staaten (GuS). Auf der Exportseite wird ein adäquater Ersatz für Europa erst dann gefunden werden, sofern eine Infrastruktur aufgebaut ist (Gas-Pipelines).

Diese Befunde eröffnen zusammengenommen die Aussicht auf eine anhaltend schwache, wenn nicht bezogen auf dem Pro-Kopf-Einkommen schrumpfende Entwicklung. Denn die strukturellen Hemmnisse und institutionellen Mängel werden künftig nicht mehr wie bisher durch die Erlöse aus dem Export von Ressourcen kompensiert werden und wie bisher gibt es keine Aussicht auf eine sinnvolle Nutzung dieser Einnahmen. Hinzu kommt die Problematik der Korruption. Transparency International weist beharrlich und mit Recht darauf hin, „dass ein enger Zusammenhang zwischen der Korruptionsbekämpfung sowie der Achtung der Menschenrechte und bürgerlichen Freiheiten besteht“ und „Korruption untergräbt Demokratie und Rechtsstaatlichkeit“; „in den meisten Fällen ist die Beziehung in beide Richtungen kausal: mehr Korruption kann zu Einschränkungen der bürgerlichen Freiheiten führen, während weniger bürgerliche Freiheiten die Bekämpfung der Korruption erschweren“ (Corruption Perception Index, 2022). Genau das zeigt sich in Russland, allerdings kann dies – wie der Zustand der Armee hinsichtlich Ausrüstung und Ausstattung der Soldaten zeigt – auch auf die Stabilität des Systems zurückwirken, wenn die geduldete, nicht bekämpfte oder gar nicht bekämpfbare (weil systemische) Korruption die militärische Handlungsfähigkeit so schwächt, dass ein zentrales Versprechen Putins nicht einlösbar ist.

Abbildung 5-1: Exporte nach Russland im Juni 2022

Veränderungen zum Vorjahresmonat in Prozent nach ausgewählten Ländern



* Daten für die GuS-Staaten für Mai

Quellen: UN Comtrade, Macrobond

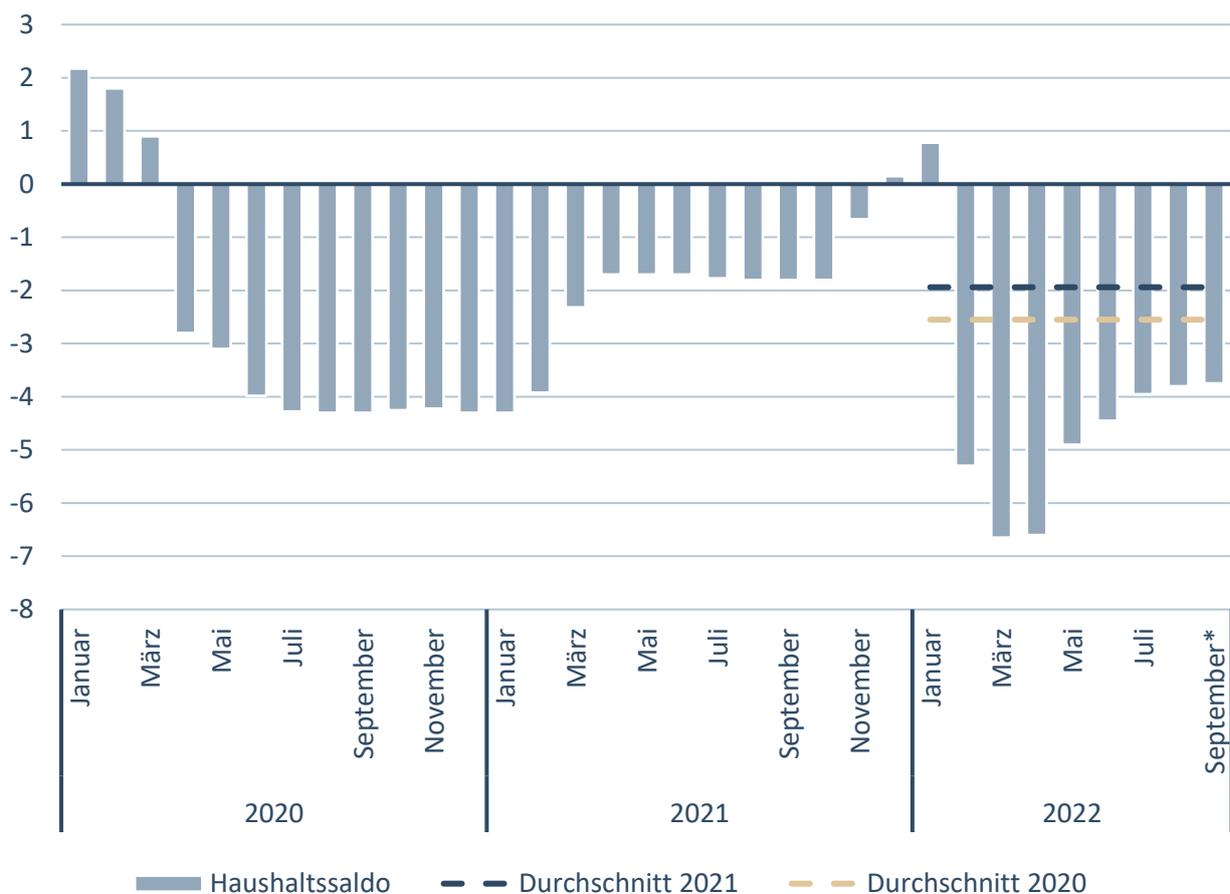
Mängel im Ordnungsrahmen, robuste Korruption und deshalb ineffiziente Bürokratien verursachen Unberechenbarkeit und entwerteten Investitionsbedingungen, die in solchen ewigen Potentialökonomien ohnehin immer nur mühsam gestaltet werden. Hinzu kommt, dass der öffentliche Sektor schon länger expandiert und privates Unternehmertum bedrängt. Bereits seit Mitte der 2000er Jahre sorgt sich die russische Regierung besonders um strategisch wichtige Sektoren wie die Energiewirtschaft und tendiert dann – wie beim Projekt Sachalin 2 – dazu, ausländische Beteiligungen nicht nur für die Zukunft zu verhindern, sondern auch bestehende Verträge auszuhebeln. So hatte Russland bereits mit dieser „neuen Industriepolitik“, die mit Verweis auf die Notwendigkeit nationaler Champions begründet wurde und wird, als Investitionsstandort viel von dem Vertrauen eingebüßt, dass es durch die mutigen Reformen im Bereich des Marktzugangs und der Besteuerung nach der Jahrtausendwende errungen hatte. Diese Mischung aus überkommener sektoraler Industriepolitik und gezielten politischen Prestigeprojekten entsprang einer Tradition, die Modernisierung von oben zu steuern. Dieses Modell hat nirgends lange getragen. In dieser Hinsicht kehrt sich das Geschäftsmodell Russlands mit dem einstigen Rohstoffsegen in einen Rohstofffluch um. Die starke Abhängigkeit vom Rohstoffexport wird im Hinblick auf ein Decoupling des Westens zum Verhängnis. Dazu kommen unzureichende Investitionen in alternative Sektoren, eine schlechte Governance sowie ein dominantes Rent seeking, eine

Kombination an negativen Faktoren, unter der viele rohstoffexportierende Länder bereits litten (Bardt, 2005).

Zu alledem kommen nun die Wirkungen des Krieges, über die Umlenkung staatlicher Gelder, den Verlust an Menschen, die Lähmung unternehmerischer Investitionen und natürlich die Sanktionen. Die russische Wirtschaft ist in eine Kriegswirtschaft umgewandelt worden, in der der Staat Zugriff auf finanzielle und materielle Ressourcen bei den Unternehmen hat. Die Zeit der staatlichen Budgetüberschüsse ist vorbei, das Budgetdefizit steigt an, denn die Staatsausgaben sind durch den Krieg in die Höhe geschwenkt und gleichzeitig sinken die Steuereinnahmen (BOFIT, 2022b, siehe auch Abbildung 5-2). Die weitere Entkopplung Europas von russischer Energie wird diese Entwicklung befördern.

Abbildung 5-2: Haushaltsdefizite der russischen Regierung

In Prozent des BIP



* Schätzung

Quellen: The Economist, Macrobond

Die industrielle Entwicklung wird maßgeblich davon abhängen, wie sich russische Produzenten von wichtigen Technologien des Westens unabhängig machen können. Hier spielt vor allem China eine entscheidende Rolle, das in einigen Branchen wie der Elektronik und Ausrüstungen sowie im Maschinenbau bereits der wichtigste Lieferant für die russischen Industrien ist, aber insbesondere im High-Tech Bereich die westlichen Importe nicht Eins zu Eins ersetzen kann. Zwischen Russland und China besteht allerdings eine asymmetrische Handelsbeziehung, denn Russland ist für China als Exportmarkt weitaus weniger wichtig als andersherum.

Inwieweit China aus geostrategischen Gründen Russlands Industrie stärken will und damit eine Strategie des Wiederaufbaus sowie der technologischen Ertüchtigung der russischen Industrie verfolgt, bleibt abzuwarten. Vorerst ist die chinesische Position davon geprägt, Russland als Opponent des Systemrivalen USA zu stärken, aber tatsächlich mehr verbal als durch praktische Hilfe oder Unterstützung. Mittelfristig dürfte für China aber stärker auf die Regeln des Völkerrechts achten, die es selbst bei seinem Aufstieg immer eingefordert hat. Und im Interesse Chinas kann weder die stärkere Einheit im transatlantischen Westen hilfreich sein noch der drohende Reputationsverlust an der Seite eines Landes, das für erschütternde Kriegsverbrechen verantwortlich gemacht wird. Insofern erscheinen eine gewisse Flexibilität und Anpassung der chinesischen Position denkbar. Die Annahmen jedenfalls, dass China Russland vorbehaltlos unterstützt, und zwar auf längere Sicht, ist nicht per se plausibel.

Alles in allem: düstere Perspektiven für die russische Volkswirtschaft. *Elwira Nabiullina* hat recht. Aus dem Gemisch wirtschaftshistorischer Pfadabhängigkeiten, wirtschaftstheoretisch zu bestimmender Entwicklungsprobleme sowie wirtschaftspolitischer Isolierung und Abkopplung bleibt nur der Ausweg in rückwärtsgewandte technologische Standards, quasi wirtschaftliche Entwicklung durch technischen Rückschritt. Im Unterschied zu Nordkorea, das nie einen dem Westen vergleichbaren wirtschaftlichen Entwicklungsstand erreicht hatte und in engmaschiger Abschottung mehr schlecht als recht ökonomisch existiert, wäre Russland ein wirtschaftshistorischer Spezialfall. Einen Ausweg mag man nur erkennen, wenn es – entgegen unserer Arbeitshypothese – einen Regimewechsel in Russland gibt. Doch es ist unberechenbar, was dann passiert. Das muss kein Ausweg sein. Die düsteren Perspektiven verheißen Russland – analog der Sowjetunion – einen jahrzehntelangen Entwicklungsrückstand gegenüber dem transatlantischen Westen und – im Unterschied zur Sowjetzeit – ebenso gegenüber China.

Anhang: Importstruktur Russland

	Commodity	Trade Value (Mio. US\$)
1	Nuclear reactors, boilers, machinery and mechanical appliances parts thereof	43261
2	Electrical machinery and equipment and parts thereof sound recorders and reproducers television image and sound recorders and reproducers, parts and accessories of such articles	29788
3	Vehicles other than railway or tramway rolling stock, and parts and accessories thereof	23856
4	Pharmaceutical products	14078
5	Medicaments (not goods of heading no. 3002, 3005 or 3006) consisting of mixed or unmixed products for therapeutic or prophylactic use, put up in measured doses (incl. those in the form of transdermal admin. systems) or packed for retail sale	10168
6	Plastics and articles thereof	9851
7	Telephone sets, including telephones for cellular networks or for other wireless networks other apparatus for the transmission or reception of voice, images or other data (including wired/wireless networks), excluding items of 8443, 8525, 8527, or 8528	9007
8	Motor vehicles parts and accessories, of heading no. 8701 to 8705	8761
9	Motor cars and other motor vehicles principally designed for the transport of persons (other than those of heading no. 8702), including station wagons and racing cars	7906
10	Medicaments consisting of mixed or unmixed products n.e.c. in heading no. 3004, for therapeutic or prophylactic uses, packaged for retail sale	7614
11	Optical, photographic, cinematographic, measuring, checking, medical or surgical instruments and apparatus parts and accessories	7297
12	Iron or steel articles	6517
13	Telephones for cellular networks or for other wireless networks	5848
14	Automatic data processing machines and units thereof, magnetic or optical	5667

	readers, machines for transcribing data onto data media in coded form and machines for processing such data, not elsewhere specified or included	
15	Aircraft, spacecraft and parts thereof	5255
16	Aircraft n.e.c. in heading no. 8801 (e.g. helicopters, aeroplanes) spacecraft (including satellites) and suborbital and spacecraft launch vehicles	5254
17	Fruit and nuts, edible peel of citrus fruit or melons	5113
18	Iron and steel	5051
19	Aeroplanes and other aircraft of an unladen weight exceeding 15,000kg	5025
20	Organic chemicals	4447
21	Rubber and articles thereof	3999
22	Inorganic chemicals organic and inorganic compounds of precious metals of rare earth metals, of radio-active elements and of isotopes	3856
23	Apparel and clothing accessories not knitted or crocheted	3794
24	Apparel and clothing accessories knitted or crocheted	3562
25	Commodities not specified according to kind	3502
26	Commodities not specified according to kind	3502
27	Commodities not specified according to kind	3502
28	Essential oils and resinoids perfumery, cosmetic or toilet preparations	3478
29	Chemical products n.e.c.	3406
30	Footwear gaiters and the like parts of such articles	3396
31	Vehicles with only spark-ignition internal combustion reciprocating piston engine, cylinder capacity over 1500 but not over 3000cc	3130
32	Human blood animal blood for therapeutic, prophylactic or diagnostic uses anti-sera, other blood fractions, immunological products, modified or obtained by biotechnological processes vaccines, toxins, cultures of micro-organisms (excluding yeasts) etc	3058
33	Beverages, spirits and vinegar	3035

34	Dairy produce birds' eggs natural honey edible products of animal origin, not elsewhere specified or included	3015
35	Furniture bedding, mattresses, mattress supports, cushions and similar stuffed furnishings lamps and lighting fittings, n.e.c. illuminated signs, illuminated name-plates and the like prefabricated buildings	2909
36	Paper and paperboard articles of paper pulp, of paper or paperboard	2457
37	Taps, cocks, valves and similar appliances for pipes, boiler shells, tanks, vats or the like, including pressure-reducing valves and thermostatically controlled valves	2296
38	Ores, slag and ash	2292
39	Bodies (including cabs) for the motor vehicles of heading no. 8701 to 8705	2261
40	Machinery, plant (not domestic), or laboratory equipment electrically heated or not, (excluding items in 85.14) for the treatment of materials by a process involving change of temperature including instantaneous or non electric storage water heaters	2176
41	Toys, games and sports requisites parts and accessories thereof	2149
42	Instruments and appliances used in medical, surgical, dental or veterinary sciences, including scintigraphic apparatus, other electro-medical apparatus and sight testing instruments	2124
43	Vehicles bodies (including cabs) for the motor vehicles of heading no. 8703	2084
44	Aluminium oxide (including artificial corundum) aluminium hydroxide	2024
45	Automatic data processing machines portable, weighing not more than 10kg, consisting of at least a central processing unit, a keyboard and a display	1993
46	New pneumatic tyres, of rubber	1970
47	Aluminium oxide other than artificial corundum	1955
48	Mineral fuels, mineral oils and products of their distillation bituminous substances mineral waxes	1954
49	Vehicles for the transport of goods	1939
50	Tanning or dyeing extracts tannins and their derivatives dyes, pigments and other colouring matter paints, varnishes putty, other mastics inks	1912

Abstract

The war in Ukraine will have profound geopolitical and economic consequences for Russia. The West has imposed sanctions on Russia on an unprecedented scale, largely dissolving decades of economic interdependence. At the same time, Russia is experiencing a massive brain drain, especially of young, well-educated people and numerous scientists, as a result of the increasing repression of its civil society. What are Russia's medium- to long-term economic prospects against the background of these developments? The historical structure of the Russian economy shows that a diversified endogenous development does not seem possible due to institutional barriers that still have an impact today. Moreover, the 'Dutch disease' - deindustrialisation as a result of massive trade surpluses caused by the commodity export boom - together with the exogenous import shock Russia is suffering due to the sanctions, could further intensify the loss of prosperity. In addition, due to the break with the West, Russia will have to develop a development strategy without access to a market for modern technologies, imported goods and capital investments, and seek stronger ties with other markets such as China and India.

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 2-1: Entwicklung der Rohstoffpreise wichtiger Exportprodukte Russlands.....	13
Abbildung 2-2: Reale Exporte und Importe Russlands.....	14
Abbildung 2-3: Exportstruktur Russland.....	15
Abbildung 2-4: Russlands Relevanz für Export und Produktion wichtiger Rohstoffe	16
Abbildung 2-5: Importstruktur Russland	18
Abbildung 3-1: Rohstoffrenten in Russland in Prozent des BIP	21
Abbildung 3-2: Rohstofflastigkeit des Exports und Pro-Kopf-Einkommen.....	23
Abbildung 3-3: Entwicklung des russischen Exportwertes seit 2000	26
Abbildung 3-4: Dynamik des Strukturwandels der russischen Volkswirtschaft	28
Abbildung 4-1: Divestment-Strategien von Unternehmen in Russland nach Herkunft	35
Abbildung 4-2: Projektion makroökonomischer Indikatoren für Russland 2022/23	39
Abbildung 5-1: Exporte nach Russland.....	44
Abbildung 5-2: Haushaltsdefizit der russischen Regierung	45
Tabelle 3-1: Die Symptome der Holländischen Krankheit (Effekte der Primärwirkungen auf makroökonomische Größen).....	24
Tabelle 4-1: Erfolgsbedingungen von Sanktionsregimen	31
Tabelle 4-2: Überblick über die von der EU verhängten Sanktionen	33

Datenbanken

Macrobond

OECD

Rosstat

UN Comtrade

UNESCO

Weltbank

World Inequality Database

Literaturverzeichnis

- Asschenfeldt, Friedrich / Trecker, Max, 2021, To Strangle Bolshevism in Its Cradle, Zeitschrift Osteuropa, 71. Jg., Nr. 10-12, S. 47-58
- Astrov, Vasily / Ghodsi, Mahdi / Grieveson, Richard / Holzner, Mario / Landesmann, Michael / Kochnev, Artem / Pindyuk, Olga / Stehrer, Robert / Tverdostup, Maryna, 2022, Russia's Invasion of Ukraine: Assessment of the Humanitarian, Economic and Financial Impact in the Short and Medium Term, wiiw Policy Notes and Reports, 59. Jg
- BOF Bank of Finland Bulletin, 2022, Russia is struggling to find new sources of imports, 26.08.2022, <https://www.bofbulletin.fi/en/blogs/2022/russia-is-struggling-to-find-new-sources-of-imports/> [19.09.2022]
- BOFIT – The Bank of Finland Institute for Emerging Economies, 2022a, Russia seeks new oil export markets, 19.08.2022, https://www.bofit.fi/en/monitoring/weekly/2022/vw202233_3/ [19.09.2022]
- BOFIT – The Bank of Finland Institute for Emerging Economies, 2022b, Russia's federal budget revenues down in August, 16.09.2022, https://www.bofit.fi/en/monitoring/weekly/2022/vw202237_2/ [19.09.2022]
- Bardt, Hubertus, 2005, Rohstoffreichtum – Fluch oder Segen?, IW-Trends, 32. Jg., Nr. 1, Köln
- Bähr, Cornelius / Fremerey, Melinda / Fritsch, Manuel / Obst, Thomas, 2022, Rohstoffabhängigkeiten der deutschen Industrie von Russland, IW-Kurzbericht, Nr. 31, Köln
- Braguinsky, Serguey / Myerson, Roger, 2007, A macroeconomic model of Russian transition: The role of oligarchic property rights, Economics of Transition, 15. Jg., Nr. 1, S. 77-107
- Broadman, Harry G., 2000, Reducing structural dominance and entry barriers in Russian industry, Review of Industrial Organization, 17. Jg., Nr. 2, S. 155-175
- Buggle, Johannes C. / Nafziger, Steven, 2021, The slow road from serfdom: labor coercion and long-run development in the former Russian Empire, Review of Economics and Statistics, 103. Jg., Nr. 1, S. 1-17
- Corden, W. Max, 1984, Booming Sector and Dutch Disease Economics: Survey and Consolidation, Oxford Economic Papers, 36. Jg., Nr. 3, S. 359-380
- Corden, W. Max / Neary, J. Peter, 1982, Booming Sector and De-Industrialisation in a Small Open Economy, The Economic Journal, 92. Jg., Nr. 368, S. 825–848
- Corruption Perception Index (CPI2021), 2022, https://www.transparency.de/fileadmin/Redaktion/Aktuelles/2022/CPI2021_SourceDescriptionEN.pdf [13.09.2022]
- Deutsche Stiftung Friedensforschung, 2022, Friedensgutachten, <http://www.friedensgutachten.de> [13.09.2022]
- Dyker, David A., 2012, Economic Policy Making and Business Culture. Why Is Russia so Different? London: Imperial College Press
- Ermolaev, S. A., 2019, Soviet Oil and Gas Dependence: Lessons for Contemporary Russia, Problems of Economic Transition, 61. Jg., Nr. 10-12, S. 800-816

Eucken, Walter, 1952, Grundsätze der Wirtschaftspolitik, Tübingen

Frankfurter Allgemeine Zeitung, 2022, Russlands Wirtschaftsbeamte brechen das Schweigen, 20.09.2022, <https://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/ukraine-krieg-russlands-wirtschaftsbeamte-brechen-das-schweigen-18329475.html>

Felbermayr, Gabriel J. / Mahlkow, Hendrik / Sandkamp, Alexander-Nikolai, 2022, Cutting through the value chain: The long-run effects of decoupling the East from the West. Kiel Working Paper, No. 2210

Guriev, Sergei / Markevich, Andrei / Zhuravskaya, Ekaterina, 2022, New Russian Economic History. CEPR Discussion Paper, No. DP17244

Herrmann-Pillath, Carsten, 2019, Power, ideas and culture in the 'longue durée' of institutional evolution: theory and application on the revolutions of property rights in Russia, Journal of Evolutionary Economics, 29. Jg., Nr. 5, S. 1483-1506

Hildermeier, Manfred, 2013, Geschichte Russlands. Vom Mittelalter bis zur Oktoberrevolution, C.H. Beck, München

Inglehart, Ronald / Welzel, Christian, 2005, Modernization, Cultural Change, and Democracy. The Human Development Sequence, Vol. 25, Cambridge University Press

Iwasaki, Ichiro / Suganuma, Keiko, 2015, Foreign direct investment and regional economic development in Russia: an econometric assessment, Economic Change and Restructuring, 48. Jg., Nr. 3, S. 209-255

Katzenberger, Paul, 2019, Ein Chef für schöne Zahlen, Süddeutsche Zeitung, <https://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/russland-wirtschaftswachstum-statistik-1.4317227>, [13.09.2022]

Kolev, Galina, 2016, Strukturelle Schwächen der russischen Wirtschaft, IW-Report, Nr. 3., https://www.iwkoeln.de/fileadmin/publikationen/2016/267992/IW-Report_Russland_Strukturelle_Schwaechen_der_russischen_Wirtschaft.pdf [13.09.2022]

Koshman, L.V., 2016, The Meshchanstvo in Nineteenth-Century Russia, Russian Studies in History, 55. Jg., Nr. 2, S. 97-125

Lovakov, Andrey / Panova, Anna / Sterligov, Ivan / Yudkevich, Maria, 2021, Does government support of a few leading universities have a broader impact on the higher education system? Evaluation of the Russian University Excellence Initiative, Research Evaluation, 30. Jg., Nr. 3, S. 240-255

Lowery, Clay / Ribakova, Elina / Hilgenstock, Benjamin / Meisels, Greer, 2022, Russia Sanctions: Adapting to a Moving Target, Institute of International Finance, June 2022

Macrotrends, 2022, Wheat Prices - 40 Year Historical Chart, <https://www.macrotrends.net/2534/wheat-prices-historical-chart-data> [13.09.2022]

Marcus, Scott / Poitiers, Niclas / Grzegorzczuk, Monika / Weil, Pauline, 2022, The decoupling of Russia: high-tech goods and components, Bruegel, <https://www.bruegel.org/blog-post/decoupling-russia-high-tech-goods-and-components> [13.09.2022]

- Mariev, Oleg / Drapkin, Igor / Chukavina, Kristina, 2016, Is Russia successful in attracting foreign direct investment? Evidence based on gravity model estimation, S. 245-267
- Matveeva, Nataliya / Sterligov, Ivan / Yudkevich, Maria, 2021, The effect of Russian University Excellence Initiative on publications and collaboration patterns, Journal of Informetrics, 15. Jg., Nr. 1, S. 101-110
- Mironov, V. V./ Petronevich, A. V., 2015, Discovering the signs of Dutch disease in Russia, BOFIT Discussion Papers, Nr. 3
- Mohanty, Saileja / Narayan, Sethi, 2019, Outward FDI, human capital and economic growth in BRICS countries: an empirical insight, Transnational Corporations Review, 11. Jg., Nr. 3, S. 235-249
- Mokyr, Joel, 1995, Urbanization, Technological Progress, and Economic History, in: Herbert Giersch (Hrsg.), Urban Agglomeration and Economic Growth, S. 3-37, Springer, Berlin, Heidelberg
- Moser, Nat, 2017, Oil and the Economy of Russia: From the Late-Tsarist to the Post-Soviet Period, Routledge, London
- Nell, Jacob, et al., 2022, Impact of sanctions on Russian Economy, [High-level Impact of Sanctions on Russian Economy - April 2022.pdf - Google Drive](#), [13.09.2022]
- Neubert, Carl-Wendelin, 2021, Sanctions and International Law, Zeitschrift Osteuropa, 71. Jg., Nr. 10-12, S. 35-46
- Nove, Alec / Nove, Alexander, 1969, An Economic History of the USSR, IICA
- OECD, 2015, Russian Federation: Key Issues and Policies, OECD Studies on SMEs and Entrepreneurship, OECD Publishing, Paris, <https://doi.org/10.1787/9789264232907-en>
- OECD, 2020, Financing SMEs and Entrepreneurs 2020: An OECD Scoreboard, OECD Publishing, Paris, <https://doi.org/10.1787/061fe03d-en>
- OECD, 2022, International investment implications of Russia's war against Ukraine, <https://doi.org/10.1787/a24af3d7-en>
- Oomes, Nienke / Kalcheva, Katerina, 2007, Diagnosing Dutch disease: does Russia have the symptoms?, Available at SSRN 1001659
- Peksen, Dursun, 2021, Economic sanctions and political stability and violence in target countries, Research Handbook on Economic Sanctions, Edward Elgar Publishing
- Plumpe, Werner, 2022, Was die Sanktionen im ersten Kalten Krieg uns lehren können – ein Rückblick, WIWO History. <https://www.wiwo.de/politik/europa/wiwo-history-was-die-sanktionen-im-ersten-kalten-krieg-uns-lehren-koennen-ein-rueckblick/28225886.html>
- Popov, Vladimir, 2014, Mixed Fortunes: An Economic History of China, Russia, and the West. Oxford University Press
- Radayev, V. V., 2000, Major Vectors of Institutional Transformations in Russian Economy, IMF-Conference Paper, Moscow, April 5-7, 2000 <https://www.imf.org/external/pubs/ft/seminar/2000/invest/pdf/rad.pdf>

Roaf, James, 2000, Corruption in Russia, Conference on Post-Election Strategy, Moscow, April 5-7, 2000
www.imf.org/external/pubs/ft/seminar/2000/invest

Robinson, James A. / Acemoglu, Daron, 2012, Why Nations Fail: The Origins of Power, Prosperity and Poverty. London: Profile

Rutland, Peter, 2013, Neoliberalism and the Russian transition, Review of international political economy, 20. Jg., Nr. 2, S. 332-362

Sachs, Jeffrey D. / Warner, Andrew M., 1995, Natural resource abundance and economic growth, National Bureau of Economic Research (NBER) Working Paper No. 5398

Schweiger, Helena / Stepanov, Alexander / Zacchia, Paolo, 2022, The Long Run Effects of R&D Place-based Policies: Evidence from Russian Science Cities, American Economic Journal: Economic Policy, 14. Jg., Nr. 3, S. 322-51

Senghaas, Dieter, 2002, Kulturelle Globalisierung – ihre Kontexte, ihre Varianten, Aus Politik und Zeitgeschichte B12, S. 6-9

Shapoval, Natalia / Nell, Jacob, 2022, Impact of sanctions on the Russian economy, KSE Institute

Solanko, L. / Voskoboinikov, I., 2014, When High Growth is Not Enough: Rethinking Russia's Pre-Crisis Economic Performance, BOFIT Policy Brief, Nr. 6.

Sonnenfeld, Jeffrey A. / Tian, Steven / Zaslavsky, Steven / Bhansali, Yash / Vakil, Ryan, 2022a, It Pays For Companies To Leave Russia, Available at SSRN: <https://ssrn.com/abstract=4112885> or <http://dx.doi.org/10.2139/ssrn.4112885> [13.09.2022]

Sonnenfeld, Jeffrey A. / Tian, Steven / Sokolowski, Franek / Wyrebkowski, Michal / Kasprowicz, Mateusz, 2022b, Business Retreats and Sanctions Are Crippling the Russian Economy, Available at SSRN: <https://ssrn.com/abstract=4167193> or <http://dx.doi.org/10.2139/ssrn.4167193> [13.09.2022]

Spiegel Online, 19.Juli 2022, Putin gesteht »kolossal viele Schwierigkeiten« ein, <https://www.spiegel.de/wirtschaft/russland-sanktionen-wladimir-putin-spricht-von-kolossaler-menge-an-schwierigkeiten-a-62cbae3e-55a8-440c-b998-de49218c02a5> [13.09.2022]

Stewart, Susan, 2020, Geschichte als Instrument der Innen- und Außenpolitik am Beispiel Russlands, Wie die Gegenwart die Vergangenheit beeinflusst, SWP-Studie 2020

The Economist, 2022a, 02.06.2022, Has Russia legalized intellectual-property theft?, <https://www.economist.com/business/2022/06/02/has-russia-legalised-intellectual-property-theft> [13.09.2022]

The Economist, 2022b, 21.05.2022, The coming food catastrophe, <https://www.economist.com/weeklyedition/2022-05-21> [13.09.2022]

Tovar-García, Edgar Demetrio / Carrasco, Carlos A., 2019, Export and import composition as determinants of bilateral trade in goods: evidence from Russia, Post-Communist Economies, 31. Jg., Nr. 4, S. 530-546

van Bergeijk, Peter A.G., 2022, Sanctions against the Russian war on Ukraine: Lessons from history and current prospects, Journal of World Trade, 56. Jg., Nr. 4

Yakovlev, Andrei, 2021, Composition of the ruling elite, incentives for productive usage of rents, and prospects for Russia's limited access order, *Post-Soviet Affairs* 37. Jg., Nr. 5, S. 417-434

Yale School of Management, 2022, Over 1,000 Companies Have Curtailed Operations in Russia—But Some Remain, <https://som.yale.edu/story/2022/over-1000-companies-have-curtailed-operations-russia-some-remain?company=red%20bull&country=> [13.09.2022]

Yakovlev, Andrei, 2000, Structural and Institutional Constraints on Economic Growth, IMF-Paper, Moscow, April 5-7, 2000, <https://www.imf.org/external/pubs/ft/seminar/2000/invest/pdf/yako.pdf> [13.09.2022]

Zaslavsky, Victor, 1997, *The Soviet Union, After Empire: Multiethnic Societies and Nation-Building: The Soviet Union and the Russian, Ottoman, and Habsburg Empires*, Routledge, London